

Öl durch Blut –

These einer menschenverachtenden Politik



Hans Steffen,
e. Nationalrat,
Fischenthal

Der Verfasser dieses Artikels hatte eigentlich den Auftrag, einen Leitartikel über den Irak und den von den Falken in der Bushregierung vorbereiteten Überfall auf das Zweistromland zu verfassen. Diese Zeilen wurden am 25. Januar 2003 geschrieben, als Frau Bundesrätin Calmy-Rey mit Mr. Powell zusammentraf. Nachdem der Aufmarsch der US-Army in der Golfregion im Gange ist, sind Gedanken über die Zukunft Iraks und der Region reine Spekulation. Hingegen lohnt es sich, über Pläne von Wirtschaftsführern und Regierungen, sowie über Ölvorkommen und Öpipelines zu berichten.

POSTCODE 1

AZB 5332 Rekingen

Der 11. September 2001 und seine Folgen

Das Attentat wurde von den USA zum Anlass genommen, einen «Kreuzzug gegen den Terror» vorzubereiten. UNO- und insbesondere NATO-Staaten wurden aufgefordert, diesen Kampf an der Seite der USA mitzutragen. Nach dem Prinzip «Wer nicht mit uns geht, unterstützt den Terror» setzen die USA jene Staaten unter Druck, welche die Freiheit ih-

rer Bewohner nicht unverhältnismässig einschränken wollen und auch die Kontrolle von Finanztransaktionen und die totale Überwachung der elektronischen Kommunikation ablehnen. Bald waren mit Osama bin Laden und mit Saddam Hussein willkommene «Ikonen des Bösen» gefunden und eine ansehnliche Liste von «Schurkenstaaten» erstellt.

Auf in den Kampf!

Mit Hilfe praktisch aller Massenmedien ist eine aufwändige Kampagne zur Militarisierung der USA und Englands und zur Indoktrinierung der Weltbevölkerung in vollem Gange. Der Kongress erteilte Präsident Bush die Vollmacht, ohne vorherige Konsultationen Krieg zu erklären und die notwendigen finanziellen Mittel bereit zu stellen. Und seither rasseln die Säbel.

Orwells Horrorvision «1984» lässt grüssen

Im neuen «Amt für Heimatschutz» werden Aufgaben zusammengefasst und koordiniert, die früher von mehr als hundert Regierungsstellen wahrgenommen wurden. Herzstück dieser Riesenbehörde soll eine Zentrale sein, welche die Informationen von neun verschiedenen Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden entgegennimmt, analysiert, auswertet und rasch an die Behörden, die Ministerien und die Regierung verbreitet. Über die National Security Agency (NSA) sind diesem Amt auch Informationen aus aller Herren Länder zugänglich. Das «Amt für Heimatschutz» kann auf die Mitarbeit von 170'000 Personen rechnen und es steht ein Budget von 17'000 Millionen Dollar zur Verfügung.

Präsident Bush's «Erstschlag-Doktrin»

Am 2. Juni 2002 erklärte der Präsident vor Absolventen der Militärakademie von West Point seine Doktrin der «Präventivschläge». Diese geht von folgender These aus: «Der Krieg gegen den Terror wird nicht in der Defensive gewon-

Gegen die US-Kriegsvorbereitungen

Die Schweizer Demokraten sprechen sich entschieden gegen weitere Angriffskriege der USA aus, die nur einen weiteren Schritt zur Welt Herrschaft der USA und ihrer an der Wall Street vertretenen Banker und Bosse darstellten.

Die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001, deren genaue Hintergründe und wirklichen Hintermänner bis heute im Dunkeln liegen, dürfen kein weiterer Freibrief für Krieg und für die Missachtung des internationalen Rechts, das Krieg zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ausschliesst, sein.

Bereits den letzten Golf-Krieg und das anschliessende Embargo habe die Bevölkerung des Irak mit weit über einer Million Toten, darunter 500'000 Kindern, bezahlen müssen. Die Tötung jedes einzelnen Kindes durch Bomben ist völkerrechtlich ein Verbrechen. Es ist feige, eine Stadt aus sicherer Höhe so lange zu bombardieren, bis sich nichts mehr rührt, um dann ohne Risiko einmarschieren zu können. Allein seit Ende des Zweiten Weltkrieges haben die USA auf ihrem Weg zur alleinigen Weltregierung Dutzende von Kriegen, Hunderte von militärischen Operationen und unzählige «friedensschaffende Massnahmen» in Mittel- und Südamerika, Afrika, Asien und Europa zu verantworten und abhängige Vasallenregime installiert.

Wir fordern alle Bürgerinnen und Bürger auf, ihren Widerstand gegen die eingeleitete US-Kriegspolitik in allen legalen Formen zum Ausdruck zu bringen und alle Politiker zu ächten, die diese amerikanische Aggressionspolitik weiterhin unterstützen.

Bernhard Hess

nen. Wir müssen den Kampf zum Feind tragen, seine Pläne stören und uns den schlimmsten Bedrohungen stellen, bevor sie sich erst herauskristallisieren.»

Die USA nehmen nicht nur das Recht für sich in Anspruch, weltweit zu operieren, sie haben sich auch entschlossen – **unter Missachtung der Ordnungen der UNO und des Völkerrechts** – allein schon auf der Grundlage eines Verdachtes militärisch zuzuschlagen.

Der Krieg gegen den Terror als Vorwand?

Wer sich vertieft mit den Krisen rund um Mazedonien, Afghanistan und Irak beschäftigt, stösst unwillkürlich auf die Tatsache, dass in jedem Fall die Interessen grosser Öl- und Gaskonzerne eine Rolle spielen:

Mazedonien: Wenige Monate nach dem Beginn des Angriffs der NATO auf Serbien meldete sich

der britische General Jackson, Kommandeur der KFOR in einem Interview mit folgenden Worten:

Fortsetzung Seite 2

Inhalt

- 3 Wie die Welt mit Lügen gegen den Irak angestachelt wird
- 4 Fremde Truppen trainieren Spezialeinsätze
- 5 Es ging nur ums Geld
- 6 Irrweg Globalisierung
- 8 Veranstaltungskalender
- 9 Aus den Kantonen
- 11 Wahlen Zürich
- 12 Der Leser hat das Wort

Öl durch Blut – These einer menschenverachtenden Politik

Fortsetzung von Seite 1

«Heute ist es unbedingt erforderlich, die Stabilität Mazedoniens und seinen Beitritt zur NATO zu garantieren. Aber wir werden sicherlich eine lange Zeit hierbleiben, um die Sicherheit der Energiekorridore, die durch dieses Land führen, zu garantieren.»

Gemeint hat er ohne Zweifel die Pipeline, die vom amerikanischen Konsortium AMBO (u.a. US-Firma Halliburton) realisiert werden soll. Die Leitung wird von Burgas am Schwarzen Meer durch Bulgarien, Mazedonien und Albanien nach der Hafenstadt Vlore an der Adria gebaut. Auf diesem Wege wird das Öl aus den riesigen Lagerstätten Zentralasiens künftig unter US-Kontrolle in den Westen gebracht. Im März 2001 wurde der Bau der AMBO-Pipeline im US-Kongress debattiert. Sie dürfte den amerikanischen Markt monatlich mit Rohöl im Wert von 600 Millionen Dollar versorgen können. Um für die künftige Sicherheit gerüstet zu sein, hat sich die US-Armee schon heute vorsorglich bei Gnjilane im Südosten Kosovos eingerich-

tet. «Camp Bond Steel» ist der grösste US-Militärstützpunkt in Südosteuropa und wohl auch einer der grössten weltweit. Auf einem riesigen Areal wurden ausser Kasernen für 3000 Mann ein Flugplatz, eine Rundfunkstation, Schulen, Supermärkte, ein Spital, ein Gefängnis u.v.m. errichtet. Es könnte durchaus der Verdacht aufkommen, dass die USA das Jugoslawien-Abenteuer inszeniert haben, um dort endgültig Fuss zu fassen.

Afghanistan: Wer Afghanistan kontrolliert, kann sich strategischen Zugang zu den grössten unerschlossenen Öl- und Gasreserven der Welt verschaffen. Diese liegen in den neu entstandenen zentralasiatischen Republiken Turkmenistan, Kasachstan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan. Diese Region verfügt über schätzungsweise 24 Billionen Kubikmeter Erdgas (1/8 der Weltvorkommen) und 18 Milliarden Tonnen Erdöl (1/5 der bekannten Reserven).

Nach dem Sieg der Taliban im September 1996 hofften die USA, unter diesem Regime liessen sich die Pläne der US-Ölfirma Unocal zum Bau einer Gasleitung durch Afghanistan verwirklichen. Es wäre Aufgabe der Taliban gewesen, die Si-

cherheit der Verkehrswege und der Leitungen zu gewährleisten. Scheinbar wollten die Taliban das Pipeline-Geschäft zum Ärger der USA mit Saudi-Arabien durchziehen. In der italienischen Zeitung «Il Manifesto» war zu lesen:

«Die Taliban wollten eine Konkurrenzfront zu den Amerikanern aufbauen. Jedenfalls wurde erst einmal nichts aus den Pipeline.»

Im Buch «Bin Laden – die verborgene Wahrheit» (Paris 2001) ist zu lesen, dass bei Verhandlungen im März 2001 in Washington die Vertreter der USA an die Adresse des Taliban-Vertreters erklärt haben sollen:

«Entweder ihr nehmt unser Angebot an, dann rollen wir euch einen goldenen Teppich aus, oder aber wir begraben euch unter einem Bombenteppich.»

Monate vor dem 11. September hatten die USA, England und Russland einen Militärschlag gegen die Taliban für Mitte Oktober angesetzt. Jetzt sind die USA mit Truppen in Afghanistan präsent und haben dort Hamid Karsai zum Präsidenten gemacht, der früher als Berater des US-Ölkonzerns Unocal tätig war. Man kann davon ausgehen, dass dem Bau der geplanten Rohrleitungen wohl nichts mehr im Wege steht.

Irak: Bekanntlich besitzt Irak die zweitgrössten Ölreserven der Welt, ein Teil davon ist noch nicht einmal erschlossen. Iraks Ölwirtschaft ist verstaatlicht. Saddam Hussein hat Konzessionen für die vielversprechenden Ölfelder an Firmen aus Europa, Russland und China vergeben, nicht aber an US-Ölmultis.

Das ärgert natürlich die Amerikaner. Sie haben aber schon ein Gegenmittel gefunden: Die USA haben irakische Regimegegner aufgebaut, welche nach Husseins Sturz die Regierung übernehmen sollten. Diese erklärten kürzlich, sie würden jenen Staaten die Konzession wieder entziehen, welche einen Sturz Husseins nicht unterstützten. Da erstaunt es nicht, dass die Regierungen Frankreichs, Russlands und Chinas wenig Opposition gegen Bush's Kriegspläne äussern.

Nachdem Präsident Bush, Vizepräsident Cheney (Halliburton) und Sicherheitsberaterin Rice (Chevron) früher führende Posten in der Ölbranche inne hatten, dürfte es wohl zum Krieg kommen. Jetzt wird die Branche von jenen Personen Taten verlangen, denen sie den Weg zur Macht mit grosszügigen Spenden «geschmiert» hat.

Anzeige

Das Testament Die letztwillige Verfügung

Liebe Mitglieder, Gönner und Sympathisanten

Immer wieder können wir lesen, dass verschiedene Organisationen und Stiftungen finanzielle Zuwendungen empfangen können, die aus dem Nachlass eines treuen Mitgliedes stammen.

Haben Sie auch schon daran gedacht, die SCHWEIZER DEMOKRATEN in Ihrem Testament zu berücksichtigen?

Haben Sie Fragen über Formalitäten und Abfassung?

Unser Geschäftsleitungsmitglied Kurt Koller berät Sie gerne kostenlos:

Kurt Koller, Treuhandbüro
Meienbergstrasse 4
CH-9620 Lichtensteig
Telefon 071 988 50 88
Telefax 071 988 67 61

Ölkonzerne sitzen mit Blick auf irakisches Öl in den Startlöchern

Kritiker werfen den USA vor, die Kriegstrommel gegen den Irak nur unter dem Vorwand des Kampfes gegen Terrorismus zu rühren. In Wirklichkeit gehe es ihnen um den Zugriff auf die beachtlichen Ölreserven des Landes.

(SD) Der Irak hat mit 112 Mrd. Barrel die höchsten Ölreserven nach Saudi-Arabien. Die amerikanische Energiebehörde (EIA) schätzt, dass unter dem irakischen Wüstensand weitere 220 Mrd. Barrel liegen. «Für die Ölfirmen bedeutet der Irak eine riesige Goldgrube», sagt Michael Renner vom Worldwatch-Umweltinstitut.

In den Startlöchern

Bis zur Verstaatlichung der irakischen Ölindustrie 1972 sassen überwiegend amerikanische und britische Konzerne im Irak am Hebel. Nach dem irakisch-iranischen Krieg und Bagdads Überfall auf Kuwait war der Ofen für die amerikanischen und britischen Konzerne aus US-Gesetze verbieten heimischen Ölfirmen Investitionen im Irak.

Selbst wenn die UNO-Sanktionen internationalen Ölkonzernen Geschäfte im Irak praktisch unmöglich machen, sitzen viele bereits in den Startlöchern für «die Zeit nach Saddam». An der grossen Öl- und

Gasmesse in Bagdad im September 1999 nahmen mehr als 50 Firmen teil. Alle ausser Amerikanern und Briten waren vertreten.

Viele Konzerne engagiert

Die französische TotalFinaElf hat eine Vereinbarung zur Entwicklung des Ölfeldes Majnoon rund 50 Kilometer nördlich von Basra in der Tasche. Die grösste russische Ölfirma Lukoil sicherte sich 1997 einen Vertrag zur Modernisierung des West-Kurna-Felds im Umfang von 3,5 Mrd. Dollar.

Chinas National Petroleum Corporation bekam den Zuschlag für das nördliche Rumailah-Feld. Auch die Spanier (Repsol YPF), die Italiener (Eni) sowie indische und türkische Unternehmen sind nach Angaben des US-Energieministeriums bereits heftig engagiert. Die Deutsche Bank schätzt, dass das Regime in Bagdad Verträge über die Produktion von 50 Mrd. Barrel vergeben hat, mit einem Investitionspotenzial von mehr als 20 Mrd. Dollar.

Die Grössten stehen abseits

Die drei grössten Ölkonzerne, die amerikanische ExxonMobil, die anglo-niederländische Royal Dutch Shell, die britische BP und der

US-Konzern Chevron-Texaco sind praktisch nicht dabei.

Das könnte sich nach einem Krieg und amerikanischer Besatzung im Irak schnell ändern. «Ein Regime-Wechsel in Bagdad würde die Karten neu mischen und amerikanischen und britischen Ölfirmen erstmals nach 30 Jahren einen guten Start für direkten Zugriff auf das irakische Öl geben», sagt Michael Renner.

Nach Informationen des «Wall Street Journal» steht US-Vizepräsident Richard Cheney, früher selbst Chef einer grossen Ölfirma in Texas, mit seinen ehemaligen Kollegen schon in engem Kontakt. Dank der irakischen Opposition Der Chef der irakischen Opposition Irakischer Nationalkongress (INC), Ahmed Chalabi, hat bereits angekündigt, dass eine neue Regierung in Bagdad sich an die unter Saddam ausgehandelten Verträge nicht gebunden fühlen wird.

Als Dank für die Hilfe bei der Befreiung von Saddam Hussein käme den Amerikanern eine besondere Bedeutung zu. Mit amerikanischen Ölkonzernen werde bereits verhandelt. «Wir gehen davon aus, dass US-Unternehmen künftig eine führende Rolle in der irakischen Ölindustrie spielen werden», sagte er der «Washington Post».

SD 

Schweizer Demokraten

Wie die Welt mit Lügen gegen den Irak angestachelt wird



*Peter Bühler,
Stadtrat und
SD-Kantonal-
präsident,
Bern*

Trotz der Ansprache des Präsidenten zur Nation, ist nicht gerade ein kleiner Teil der amerikanischen Bevölkerung gegen einen weiteren Krieg am Golf! Weltweit werden Grossdemonstrationen gegen die Kriegslust Washingtons durchgeführt. Auch die meisten Regierungen sprechen sich gegen einen Krieg aus. Aber dennoch sollen die Waffeninspektoren dem UN-Sicherheitsrat bis spätestens zum 21. Februar über ihren Irak-Einsatz Bericht erstatten. So lautet die offizielle Bekanntgabe. Doch hinter den Kulissen der Weltpolitik dürften die Erkenntnisse der Inspektoren-Mannschaft nicht die geringste Rolle spielen. Die Weichen für einen neuerlichen Kriegseinsatz der USA sind längst gestellt. Diese Tatsache durchschaut auch die amerikanische Öffentlichkeit immer mehr. Bücher, die Washingtons falsches Spiel entlarven, sind seit Wochen Bestseller. Dazu gehört an erster Stelle die Veröffentlichung des ehemaligen UN-Waffeninspektors Scott Ritter («Krieg gegen den Irak»), der leidenschaftlich vor einer neuerlichen US-Aggression warnt.

«Die Welt muss glauben, Saddam sei das Böse!»

Nach seiner Auffassung stelle der Irak «keine Gefahr für irgendjemand» dar. Ritter, der selbst als Soldat im Golfkrieg war: «Die Entscheidung für den Krieg ist längst gefallen. Jetzt braucht man nur noch einen Vorwand, um den Abzug zu drücken.» Und weiter: «Washington betreibt Imperialismus, ganz offen und konsequent. Für sie ist der Nahe Osten eine gescheiterte Region und die wird jetzt nach ihren Vorstellungen umgekrempelt.» Ritter: «In den derzeitigen Bestrebungen Bushs und seiner Leute liegt das Potenzial für einen Weltenbrand.» Ein US-Angriffskrieg berge «unvorhersehbare Risiken für den Weltfrieden», darunter die «Destabilisierung des gesamten Nahen Ostens». Dazu werde die angeblich wachsende Bedrohung des Westens durch islamische Terroristen geradezu heraufbeschworen.

Scott Ritter, Parteifreund von George W. Bush, ist mittlerweile wohl einer der schärfsten Kritiker des US-Präsidenten. Von 1991 bis 1998 war er Waffeninspekteur im

Irak und hat daran mitgewirkt, dass das dortige Waffenpotenzial nahezu vollständig zerstört wurde. Jetzt beweist er in seinem Buch mit glasklaren Worten, dass die Annahme, die USA seien ausgerückt, um den Weltfrieden vor der bösen Militärmacht im Irak zu retten, eine grosse Lüge ist. Was es mit amerikanischen Bekundungen von «Frieden» und «Demokratie» auf sich hat, wissen unsere Nachbarn in Deutschland genau wie die Irakis, Palästinenser, Serben und Vietnamesen, weiss man in Hiroshima, Laos, Panama etc.

Ist es nicht letztlich auch eine Verhöhnung der Opfer vergangener US-»Kreuzzüge«, wenn Washingtons Propagandamaschinerie sich nicht schämt, bar jeder Ironie zu behaupten, Bagdad stelle für den Weltfrieden irgendeine Gefahr dar? Saddam Hussein steht auf der US-Abschussliste, weil er sich als potenzieller Gegner Israels gegen das «Gottesvolk» stellt und weil er über die zweitgrössten Ölreserven der Welt verfügt. Eine Bedrohung für Europa oder gar die Welt geht von ihm ganz sicher nicht aus. Im Gegenteil: Seit Jahren schon wird der Irak durch gnadenlose UN-Sanktionen und Wirtschaftsembargos, die von den USA diktiert werden, regelrecht ausgehungert. Ein neuerlicher Militärschlag wird das Land und sein Volk weiter in unermessliches Leid stossen. Und dies alles wird dann im Namen von Frieden und Menschlichkeit veranstaltet. Kann Weltpolitik verlogener sein?

Hussein – der Folterknecht?

Die unvergleichliche «Ringier-Presse» schiesst sich bereits seit einiger Zeit warm. Denn wenn die USA den Irak angreifen, dann muss «Kriegsstimmung» her; wer wüsste das besser als die Herausgeber der grössten Tageszeitung der Schweiz, in die wir alle ab und zu einen Blick werfen. Wie das funktioniert, haben sie uns vor allem im Jahre 1991 vorgelebt. Im damaligen Golfkrieg liessen verschiedene schweizerische Massenmedien keine noch so miese Lüge aus. Da wurde behauptet, Saddam Hussein sprengte eigene Gebäude zu Propagandazwecken selbst in die Luft oder zerstöre Moscheen, um dies anschliessend den friedlichen US-Bombern anzulasten. Und die deutsche «Bild» klärte uns damals unter der Überschrift «Kuwait: Sie wurden wie Jesus ans Kreuz genagelt» auf, wie «Folterknecht» Hussein mit kuwaitischen Widerstandskämpfern umzugehen pflege. Im Grunde hat nach dem Golfkrieg keine einzige Lüge überlebt. Längst haben Medienmacher und auch US-Propagandazentralen zugegeben, dass weder US-Kriegsgefangene misshandelt und gefoltert

wurden, wie uns «Bild» und geistesverwandte Blätter in allen Einzelheiten schilderten, noch ein Massenmord an kuwaitischen Frühgeborenen stattgefunden hatte.

Unvergessen der Auftritt eines jungen kuwaitischen Flüchtlings-Mädchens, das vor dem UNO-Menschenrechtsausschuss zu berichten wusste: «Die Irakis rissen Säuglinge aus ihren Brutkästen und schmissen die leblosen Körper auf den Boden». Auch ihr Baby sei ermordet worden, erzählte sie unter Schluchzen. Ein angeblicher Chirurg gestand gleichzeitig, er habe allein vierzig derartig ermordete Säuglinge bestattet. Die ganze Geschichte war erfunden worden, um den Kriegswillen innerhalb der US-amerikanischen Bevölkerung zu stärken. Das Mädchen war auch kein Flüchtling, sondern die Tochter des kuwaitischen Botschafters in den USA. Ein New Yorker Werbeunternehmen, das den Auftritt für den Scheich von Kuwait gegen Zahlung von zehn Millionen Dollar organisiert und auch den Chirurgen geschmiert hatte, liess später dazu erklären, das Ziel sei gewesen, vor der Öffentlichkeit den Golfkrieg zu rechtfertigen.

«Lügen, wie einst Goebbels!»

Kaum etwas brachte die «Weltöffentlichkeit» damals mehr aus der Fassung als die Bilder angeblich vor Kuwait jämmerlich um ihr Leben flatternder Kormorane mit ölverklebtem Gefieder. Die Vögel wurden auch im Schweizer Fernsehen als Beispiel für die verbrecherische Ölkatastrophe präsentiert, die Saddam Hussein verschuldet habe. Später flog auf: Es handelte sich keineswegs um Aufnahmen vom Golf, sondern um effekthascherisch aus dem Zusammenhang herausgelöste und zurechtgestutzte Filmsequenzen aus dem Archiv; von echtem Vogelsterben zwar, aber an anderen Tatorten, zu anderen Zeitpunkten und mit anderen Ursachen. Auch die Behauptung, Bagdads Truppen hätten massenweise entsprechende Waffen an die Front geschafft, um einen Giftgaskrieg anzuzetteln, war ein Schwindel, ebenso die Geschichten, Saddam Hussein lasse immer wieder Doppelgänger von sich auftreten, um sein Leben zu schützen, Hussein morde und foltere zum Zeitvertreib, Hussein liesse schon mal harmlose Passanten verbrennen usw.

Selbst die linke Münchner «Abendzeitung» kam an deutlichen Worten zur Desinformation im Golfkrieg nicht vorbei. Zitat vom 30. Juli 1994: «Niemand vorher ist in einem Krieg derart manipuliert und verfälscht worden. Vieles, was in den Wochen der Operation «Wüstensturm» glänzte, entpuppte

sich hinterher als schaler Desinformationsbrei: Auf der einen Seite das verzerrte Bild des blutrünstigen Diktators Hussein, der die angeblich viertstärkste Armee der Welt befahl, auf der anderen Seite die Pseudo-Sauberkeit lasergeleiteter Waffen, so genannte «chirurgische Kriegsführung». Tod und Leid? Bekam man so gut wie nie zu sehen.»

Auch Fritz Pleitgen, langjähriger Intendant des Westdeutschen Rundfunks, erkannte damals die üble Rolle von Meinungsmachern: «Skrupellos erfanden sie genau auf die amerikanische Stimmung gezielte Schreckensstories, die dann den gewünschten Erfolg hatten. Gestellte Bilder von teuflischen Untaten irakischer Soldaten, begangen an kuwaitischen Babys in Brutkästen, und von Misshandlungen kuwaitischer Mädchen durch Saddam Husseins Horden gingen um den Globus und sorgten für den notwendigen Kreuzzugeist gegen das Horrorland Irak.» Pleitgen in ähnlichem Zusammenhang: «Wenn ich die Fernsehnachrichten betrachte, dann beschleicht mich nicht selten ein ungutes Gefühl. Strenggenommen müssten die Verantwortlichen mancher Sendungen wegen Irreführung und Verdunkelungsgefahr belangt werden.»

Hiesige Meinungsmacher dürften kaum etwas dazugelernt haben. Wohl aber Männer wie Scott Ritter. Die Behauptung, man wolle im Irak einen «Demokratisierungsprozess» durchziehen, hält er für besonders «absurd». Scott Ritter klärt uns in seinem Buch auf: «Man kann einem Land nicht die Demokratie von aussen aufzwingen. Das funktioniert nicht. Der Irak muss einen solchen Wandel von innen heraus vollziehen, und das dauert Jahrzehnte. Die einzige Möglichkeit, wie das geschehen könnte, die einzige Möglichkeit, eine Demokratie auf den Weg zu bringen, besteht darin, die Wirtschaftssanktionen aufzuheben und dem Irak den wirtschaftlichen Wiederaufbau zu erlauben. Die Entwicklung einer lebensfähigen Mittelklasse über die religiösen, ethnischen und Stammesgrenzen hinweg ist das Einzige, was der Demokratie zum Leben verhelfen kann.» Damit wir uns richtig verstehen, Saddam ist sicher kein Unschuldslamm, aber er kam durch die tatkräftige Hilfe der CIA an die Macht im Irak. Ebenfalls waren es die CIA und ihre Hintermänner, die ihn zu den Angriffen auf den Iran und Kuwait antrieben und unterstützten! Es waren der Vater des jetzigen Präsidenten, damals selbst in diesem Amt, und die CIA, die nach der Befreiung Kuwaits dafür sorgten, dass er an der Macht blieb! Nichtsdestotrotz, hoffen wir auf Frieden und vertrauen wir auf Gott!

Fremde Truppen trainieren Spezialeinsätze für den Irak in den Schweizer Alpen

Truppen für Kriege um Rohstoffe in der dritten Welt. Sollen wir die Schweizer Neutralität aufgeben?

Seit dem Ende des Kalten Krieges versuchen die USA mit der Nato ihren Einflussbereich weltumspannend auszudehnen und ein neues Imperium aufzubauen. Mit der sogenannten Partnerschaft für den Frieden (Partnership for Peace, PfP) werden neue Staaten in diese Organisation eingebunden und damit der amerikanischen Befehlsgewalt unterstellt. Auch die Schweiz wurde am 11. Dezember 1996 ohne Volksabstimmung auf Veranlassung des Bundesrates, im Besonderen von Flavio Cotti, Mitglied der PfP. Seitdem lässt sich in unserem Land eine schrittweise Aufgabe der militärischen Unabhängigkeit zu Gunsten einer immer stärkeren Orientierung auf die USA und ihre Verbündeten feststellen.

Einen weiteren Schritt in diese Richtung stellte die Teilrevision des Militärgesetzes im Jahre 2001 dar, die bewaffnete militärische Auslandseinsätze der Schweiz für «friedenssichernde Aufgaben» möglich machte und ausländischen Truppen erlaubt, in unserem Land für solche Aufgaben zu trainieren. Die Armee XXI soll jetzt die gesetzliche Fixierung dieses rasant fortschreitenden Prozesses sein, der die Schweizer Armee konsequent und unwiederbringlich auf die amerikanischen und die Nato-Bedürfnisse ausrichtet, nämlich auf

- flexibel einsetzbare Armeeteile (Gebirgstruppen, Genietruppen),
- ein unbegrenzt und ständig rund um die Welt einsetzbares Berufswehr,
- die Abkehr von der bewährten Verteidigungsarmee,
- die Anpassung in Technik, Material, Ausbildung und Organisation an US-Standards,
- militärische Operationen unter amerikanischem Oberkommando.

Schon heute werden diese Forderungen teilweise von der Schweizer Regierung in voreilem Gehorsam erfüllt. Der auf dem extra für die Armee XXI erschaffenen Posten eines Generalstabschef ernannte Christoph Keckeis äusserte sich im Radio DRS folgendermassen: «Eine Schweizer Armee als reine Verteidigungsarmee wird der Vergangenheit angehören.»

Am 19. November berichtete das Schweizer Fernsehen DRS im Nachrichtenmagazin «10 vor 10» vom Training der britischen Royal Air-Force im Wallis. Die britischen Spezialeinheiten trainierten Helikopterlandungen auf Gletschern im Schneestaub. Sie übten damit nach eigenen Angaben Landungen im Wüstensand. Die britischen Be-

rufssoldaten lobten die hervorragenden Übungsmöglichkeiten in den Schweizer Alpen.

- Wozu müssen britische Soldaten zur Verteidigung ihres Landes Einsätze im Wüstensand üben?
- Ist es soweit gekommen, dass die Schweiz für ausländische «koloniale» Expeditionstruppen als Übungsplatz dienen muss?
- Muss die Schweiz ihre schöne Landschaft für fremde Truppen als Trainingslager für neue Eroberungen zur Verfügung stellen?
- Macht sich die Schweiz zum Steigbügelhalter für die militärische Durchsetzung der Wirtschaftsinteressen westlicher Industrienationen?

Mit der Armee XXI wäre das alles kein Problem mehr. Schweizer Soldaten operieren im Nahen Osten, in Asien, in Afrika, Seite an Seite mit britischen, amerikanischen, französischen, russischen, rumänischen, polnischen, türkischen, deutschen Spezialeinheiten, um die Ausbeutung der Bodenschätze in den ärmsten Ländern der Welt zu ermöglichen und, wenn nötig, mit Waffengewalt, sprich mit Krieg, die Vorherrschaft der USA zu sichern. Was soll aus unserer bewaffneten Neutralität werden? Aus unserer Armee, deren Auftrag es immer war, das Land und die Bevölkerung vor einem militärischen Angriff zu schützen?

Die Armeepoliker haben das neue Ziel für unsere Armee schon formuliert:

«Auf längere Sicht Entwicklung von Streitkräften, die mit denen der Mitgliedstaaten der Nato besser operieren können» (Igor Perig, Major im Generalstab, Chef Sektion Partnership for Peace, PfP).

Dem Bundesrat und der obersten Armeespitze ist daher völlig klar:

- Die Schweiz wird nach der Armee reform nicht mehr in der Lage sein, sich selbst zu verteidigen. Damit wird sie politisch erpressbar.
- Schweizer Soldaten werden in eroberungskriegerische Einsätze verwickelt.
- Auch die Schweiz wird zum Angriffsziel der mit Waffengewalt unterdrückten und ausgebeuteten Staaten und Völker.
- Die Steuergelder der Schweizer Bürger dienen dazu, ein weltweit einsetzbares Expeditionsheer zu finanzieren, das mithilfe der aus Macht- und Geldgier die Ärmsten der Armen zu unterdrücken.

- Fremde Soldaten und Armeen werden in der Schweiz ein- und aus spazieren.

Doch die Bürgerinnen und Bürger sollten von alledem bisher nichts erfahren. Der Beitritt zur PfP fand ohne Diskussion mit der Bevölkerung statt und der weitere Anschluss an die Nato mit der neuen Armee XXI, sollte ganz leise und klammheimlich stattfinden.

Wir fordern eine öffentliche Diskussion über die Ziele der Armee XXI.

Diese Frage ist zu wichtig, als dass in Zukunft nur einige Bundesräte und eine Hand voll Berufssoldaten darüber entscheiden dürfen. Die SD sind hochofreut, dass das Referendum gegen die Armee reform zustande gekommen ist.

Rückbesinnung auf den Zweck unserer Armee

Der Auftrag an die Schweizer Armee, gemäss Bundesverfassung, falls erforderlich das Land zu verteidigen, wird nicht mehr ausführbar sein. Die Befehle, wo die neu konzipierte Armee XXI zum Einsatz kommen soll, werden durch Befehlshaber, welche den USA, der Nato oder «Partnership for Peace» dienlich sein werden, erteilt. Möglich ist sogar, dass unsere Soldaten dem Befehl fremder Mächte unterstellt werden? «Partnership for Peace» – Peace = Frieden. Ein Wort, ein Begriff, ein Auftrag, welcher schon heute in bedenklicher Weise missbraucht wird. Das Ziel ist Machtentfaltung; nicht hin zum Frieden, sondern hin zu Kriegseinsätzen oder sonstiger Gewalt. Klammheimlich wurde durch hohe und höhere Offiziere der «noch» Schweizer Armee eine untätig-gefällige, gewissen internationalen Organisationen dienende Armeekonzeption geschaffen. Nicht zum Wohl unseres Landes, jedoch zu Diensten der selbstherrlichen Kommissare in Brüssel, sowie der geld- und machthungrigen Dominatoren in Amerika. Und man muss sich fragen, wie einige wenige in den USA ausgebildete hohe Schweizeroffiziere, u.a. Zwyzg, Roulier, Siegenthaler, Wegmüller, Borel und einige andere, wie auch untätige Funktionäre, z.B. Botschafter Thalman bei der EU in Brüssel, sich darin gefallen, entgegen unserer Staatsverfassung und gegen den Volkswillen eine Armee XXI zu entwickeln und in Szene zu setzen. Eine Armee im Übrigen, die schon durch die Art ihrer Ausrüstung und die geringen Mannschaftsbestände nicht in der Lage sein wird unser Heimatland zu verteidigen. Mit grosser Wahrscheinlichkeit werden unsere jungen Männer ihr Blut auf fremdem Boden vergiessen müssen. Der erste

Initiant dieses Armeeleitbildes, der auf stetige Selbstdarstellung bedachte Ogi, hätte die Folgen dieses Fehlentschiedes schon 1995 sehen müssen. Nun holte man sich einen neuen Generalstabschef Namens Keckeis. Wie man in Interviews und in zahlreichen Medien hören und lesen konnte, ist er ein Grädler, welcher in der Sache Armee XXI dienlich und hörig sein wird. Wenn er u.a. im Bericht der NZZ vom 3. Januar 2003 die Notwendigkeit von Panzeinsätzen wie auch die Infanterie in Frage stellt, müssen wir uns fragen, ob ihm das Territorium Schweiz nur aus der Vogelschau bekannt ist. In einer Bedrohungsphase wie sie sich z.Z. unaufhaltsam entwickelt, wenn mit vielschichtigen zerstörenden Mitteln schreckliche Kriege geführt werden, müssen wir uns fragen, was wird auf uns zukommen? Mit einer übermässig reduzierten «Beruf»-Armee XXI, (Miliz ist nicht mehr von Nöten!) die irgendwo in dieser Welt ihre Einsätze für andere zu leisten hat, wird die allfällige Verteidigung unserer Heimat zur Farce. Die Dramen, die unsere Kinder, Jugendlichen – wir Alle, – Frauen und Männer – möglicherweise zu durchleiden haben, werden schrecklich sein. Darum, Schweizerinnen und Schweizer rafft Euch auf. Lasst solches nicht geschehen! Fordert den in dieser Sache untätigen Bundesrat auf, seinen Verfassungspflichten mit Autorität nachzukommen. Eine wirklich abwehrbereite Armee von ausreichender Stärke und Feuerkraft, dem schweizerischen Gelände und dessen Besonderheiten angepasst, soll für den Notfall bereitstehen. Wer glaubt denn schon, dass in einem solchen Fall uns ausländische Truppen zu Hilfe eilen würden? Die Geldmacht der Globalisierer spricht eine andere Sprache! *Hans Köfer, Bellikon*

«Es ging nur ums Geld»

Wie die Schweizer Banken erpresst wurden

SD/He. Stuart Eizenstat, Chefunterhändler der USA in Sachen Wiedergutmachung, hat jetzt in dem Buch «Imperfect Justice» («Unvollkommene Gerechtigkeit») ein Resümee seiner Bemühungen insbesondere bezüglich der Zahlungen der Schweizer Banken gezogen. Bereits der Buchumschlag ist ein Faustschlag ins Gesicht der Schweizer: er zeigt ein aus Goldbarren geformtes Hakenkreuz über der Schweizer Flagge.

Der US-Jüdische Politologe Professor Norman G. Finkelstein setzt sich seit längerem vehement gegen eine «Holocaust-Industrie» ein, die nach seiner Ansicht das Leiden der Juden schamlos ausbeutet. In einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» analysierte Finkelstein das Eizenstat-Buch. In seiner selbstgerechten Arroganz, so Finkelstein, habe Ei-



Eizenstats Beleidigung

se gegen die Schweiz gehabt habe und es deshalb «externen Drucks» und der «Intervention der US-Regierung» bedurfte. Das sei eine schöne Umschreibung für Erpressung. Am Ende habe man den Banken 1,25 Milliarden Dollar abgepresst. Finkelstein räumt ein, dass auf Schweizer Bankkonten noch Geld von Opfern der NS-Judenverfolgung lag und er sei sehr dafür, dass diese Schulden beglichen werden. Nur hätten sich die Banken dagegen gar nicht gewehrt. Eizenstat schreibt selber, dass die Banken schon im September 1995 einer internationalen, unabhängigen Revision zugestimmt hätten. Anstatt Druck aufzusetzen, hätte man tun sollen, was vereinbart war: die Bankarchive nach den entsprechenden Konten durchkämmen und auszahlen, was man findet. Paul Volcker, der die Revision dann durchführte, habe geschätzt, dass man insgesamt rund 200 Millionen Dollar auszahlen würde. Vielleicht, so Finkelstein, wäre es nicht einmal so viel geworden. Jedenfalls wäre man so zu einer gerechten und wahrhaften Lösung gekommen. Eizenstat, Israel Singer und Edgar Bronfman vom Jüdischen Weltkongress hätten diese aber torpediert. Sie hätten weiter auf Druck gesetzt – wohlwissend, dass bei einer aussergewöhnlichen Einigung viel mehr herauspringen werde.



Stuart Eizenstat, konsequenter Vertreter jüdischer Interessen, gibt frank und frei zu, dass es bei den Verhandlungen mit den Schweizer Banken nicht um Gerechtigkeit ging.

zenstat erhellende Einblicke in die Verhandlungen im Zusammenhang mit den Klagen gegen die Schweizer Banken gegeben. Daraus erschliesse sich, dass es ihm und den jüdischen Organisationen nicht um Gerechtigkeit für die Opfer gegangen ist, sondern «ums Geld».

Zwar spreche Eizenstat nicht ausdrücklich von Erpressung, liefere aber Anhaltspunkte dafür. Zum Beispiel gebe er ausdrücklich zu, dass man, ausser im Bereich der nachrichtenlosen Konten, keinerlei Bewei-

Es gebe keinen Zweifel daran, so Finkelstein weiter, dass Eizenstat vollkommen auf der Seite der jüdischen Organisationen stehe. Er habe schon unter Präsident Carter die jüdischen Interessen in der Regierung vertreten, was im Wesentlichen auch seine Aufgabe in der Administration von Präsident Clinton gewesen sei. Er räume in seinem Buch ja auch ein, es sei ihm vollkommen klar gewesen, dass es in den Verhandlungen mit den Schweizer Banken nicht um Gerechtigkeit ging, sondern um Politik. Abschliessend wirft Fin-

kelstein Eizenstat vor, «moralisch korrupt» zu operieren. Statt vor der eigenen Haustür zu kehren, greife er die Schweiz an. Es sei beispielsweise völlig klar, dass die USA neben der Schweiz das Land waren, wo die grössten jüdischen Vermögen lagen. Eizenstat habe aber nie den Versuch unternommen, in den amerikanischen Banken nach nachrichtenlosen Konten zu suchen. Es habe lediglich 500'000 Dollar Entschädigungszahlungen gegeben, während man von den Schweizer Banken über eine Milliarde Dollar verlangte. Das sei «ungeheuerlich».

«Mit uns kann man es sich erlauben»

(Echo auf SD 01/2003)

Unsere Regierung scheint doch nichts unternehmen zu wollen wegen Eizenstats Buch mit dem ominösen Buchdeckel. Die Aufregung um dieses Buch sollte bei uns gedämpft werden mit dem Hinweis, dass die amerikanische Flagge dank der fast absoluten Meinungsfreiheit in Amerika nicht geschützt sei, man sie somit zu jedem Zweckge- und missbrauchen dürfe. Nun, sollen sie also. Das beinhaltet jedoch nicht das Recht, die Flaggen fremder Länder, und damit die Länder selbst, grob zu beleidigen, und im Normalfall würde dies sicher kein Amerikaner tun. Sogar Eizenstat würde sich kaum erlauben, ein Buch über Russland, Japan oder Israel herauszugeben mit einem Einband, der die Flagge des entsprechenden Landes zeigt, überdeckt mit einer verunglimpfenden Aussage. Aber mit uns kann man sich dies offenbar erlauben, hat sich die offizielle Schweiz doch schon einmal als schwach erwiesen.

Als nächste Beruhigung beschied man uns, im Buch stehe sowieso nichts Neues. Dazu kann man nur sagen: Umso schlimmer. Das Ganze wäre also aufgezogen, um die Schweiz (zum damaligen Zeitpunkt einer schweren Zeit in Europa) nochmals anzuprangern. Mag

der Buchdeckel nach den Protesten geändert werden für die deutsche Ausgabe, wem nützt das schon? Es ist die englische Fassung samt dem verleumderischen Buchdeckel, die über die Welt verteilt werden wird und überall die Schweiz erneut in Misskredit bringen soll.

Nachdem uns Eizenstat und andere einige Jahre lang mit schweren Anschuldigungen unter Druck gesetzt hatten, bis die Banken allein 1,25 Milliarden Dollar bezahlten, hat Ed. Bronfman (Präsident des Jüdischen Weltkongresses) 1999 der «Frankfurter Allgemeinen» «mit sichtlichem Vergnügen» in einem Interview gestanden, er habe «mit allen Tricks, manchmal auch mit Halbwahrheiten gearbeitet, um die Schweizer Bankiers zu einer Entscheidung zu zwingen». Solche Halbwahrheiten – und Ähnliches – flossen auch in den Bergier-Bericht ein.

Evelyn Küffer, St. Gallen

Irrweg Globalisierung

Hinter dem Wort versteckt sich ein US-Imperialismus



Dr. med.
Jean-Jacques
Hegg,
Gemeinderat,
a. Nationalrat,
Dübendorf

Alle Medien und fast alle Politiker reden von der «Globalisierung», als wäre dies ein zwingendes, unausweichliches Schicksal der Menschheit. Dabei tut die internationale Politik alles, um diese «Globalisierung» voranzutreiben: Weltbank, Weltwährungsfonds, GATT, WTO, neuerdings GATS, das heisst Internationalisierung und damit Privatisierung auch der öffentlichen Dienstleistungen wie Trinkwasserversorgung, Energieversorgung, Post, Telekommunikation, Verkehrsmittel wie Strassen und Eisenbahnen usw. Die Globalisierung ist also kein Schicksal, sondern eine durch die Internationale Politik bewusst herbeigeführte Entwicklung, ein Globalismus! Dem Bürger werden dabei – etwa durch den Vertrag GATS – billigere Preise für bessere Dienstleistungen versprochen. Was kommt aber heraus? Schlechtere Dienstleistungen zu höheren Preisen!

Aber nicht nur das. Der Weltwirtschaft allgemein geht es nicht gut. Auch die Schweizer Wirtschaft zeigt Schwächezeichen an allen Ecken und Enden. Die Arbeitslo-

senzahlen steigen. Die «Manager» zahlen sich überhöhte Löhne und bei Versagen Abgangsentschädigungen aus, und auch die Gewerkschaften verhalten sich nicht besser, indem sie ausgerechnet bei einem Volk, das immer älter wird und mehr alte Leute umfasst, eine Verkürzung der Lebensarbeitszeit verlangen und dafür streiken. Zwar geben unsere grossen Medien zu, dass die Einkaufstour rund um den Globus, um zu «wachsen» und zu einem «global player» zu werden, eine der Ursachen des Elends sei. Sie fordern eine Rückkehr zum so genannten Kerngeschäft. Sie haben aber ausser einem umwelt-schädlichen Konsumismus – mehr einkaufen, damit die Konjunktur nicht zusammenbricht! – auch kein Rezept und predigen einen öden Konformismus. Und die durch den wirtschaftlichen Internationalismus und den Weltmarkt als einzig massgeblicher Institution verursachte Verlängerung der Warentransportwege ist auch nicht gerade umweltfreundlich.

Rechter gegen linken Internationalismus?

Die linke Opposition wendet sich zwar gegen die stattfindende «Globalisierung», ist jedoch kein echter «Globalisierungsgegner», wie unsere Medien behaupten. Selbst die Gutwilligen, die keine Schlägertypen sind, die wie kürzlich in Bern einfach «Action» suchen, wollen bloss eine «schlechte rechte Globalisierung» durch eine angeblich «bessere linke» ersetzen.

Auffallend ist auch, dass das Auftreten von Schwierigkeiten bei den Unternehmen ziemlich genau mit dem Zeitpunkt zusammenfällt, da sie sich neue englische Namen gegeben haben. Offenbar signalisiert der Übergang zum Englischen die Wende zu einer neuen und schädlicheren Mentalität! Die angebliche Globalisierung ist in Wirklichkeit einfach ein US-Imperialismus, der sich nebst auf die Wirtschaft auch auf die Kultur erstreckt. So beherrschen US-Firmen den weltweiten Markt für Konservenmusik, Filme und Videoclips, und wir müssen uns rund um die Uhr nur noch englischsprachige Gesänge anhören.

Wer politisch echt gegen diese Globalisierung Opposition macht, den trifft der Bannstrahl der Ausgrenzung. Mit Schlagwörtern, deren Inhalt niemand genau definieren kann, «Populismus», «Rechtsextremismus», «Psycho-Sekte», «Neonazi», «Neofaschismus» wird er für unglaubwürdig erklärt. Überhaupt wird Opposition als grundsätzlich böse Haltung hingestellt. Dabei ist das Vorhandensein einer Opposition eines der wichtigsten Erkennungszeichen von echter Demokratie. Früher begleitete der Bundesrat Volksabstimmungen nur zurückhaltend, indem er seine Mehrheitsmeinung sachlich darlegte, aber zugab, dass man auch anderer Meinung sein konnte. Heute will er seine Haltung unbedingt dem Volk aufzwingen und beschäftigt ein Heer von ungefähr 500 Meinungsmanipulatoren, um sich durchzusetzen.

Schwarzweissmalerei

Überhaupt feiert die Schwarzweissmalerei Urständ. Nur gute Albaner, nur böse Serben? Ein internationaler Strafgerichtshof, der auf keinen Fall US-Bürger verurteilen darf? Dabei wussten schon die alten Römer, dass im Krieg auf beiden Seiten Verbrechen geschehen, dass es jedoch noch nie einen Richter für die im Kriege Siegreichen gegeben hat!

Es gibt nur ein wirksames Rezept gegen «Globalisierung» und US-Imperialismus: Stärkung des Nationalstaates und Rückkehr zur nationalen Souveränität. Früher nannte man das Nationalismus. Das Wort wurde jedoch in der Globalisierungspropaganda demagogisch missbraucht, so dass es anrüchig geworden ist. Heute muss man es deshalb umschreiben: es ist mehr als Patriotismus, weil es sich nicht nur auf das Land, sondern auch auf die Leute und das Volk bezieht; es ist nicht Imperialismus, weil es andere Völker nicht unterjochen will; es ist nicht Kolonialismus, weil es keine Gebiete, die durch fremde Völker besiedelt sind, annektieren will; und es ist nicht Chauvinismus, weil es Überhebungen ablehnt. Darüber hinaus ist es in Übereinstimmung mit den angeborenen, genetischen Verhaltensdispositionen des Menschen, dem so genannten Territorialinstinkt. Es gewährleistet so ein friedliches Nebeneinanderleben der Völker, während die so genannte Globalisierung Streit und Gewalt erzeugt.

Fatale Drogenpolitik der Schweiz

Irreführung durch schlechte Information

Die Botschaften des Bundesrates und der Bericht der Expertenkommission für die Revision des Betäubungsmittelgesetzes fallen durch **Verschweigen wichtiger Fakten** auf: Die schädigenden Wirkungen der Rauschgifte auf die höheren Hirnfunktionen wie Urteilsvermögen, Verantwortungsbewusstsein, soziale Kompetenz, Leistungswille und freier Wille (zum Ausstieg aus der Sucht) wurden nicht gewürdigt. Zwischen Sucht und Abhängigkeit, Rauschgiften und Heilmitteln, Psychopharmaka und neurotoxischen Rauschgiften wurde nicht unterschieden. Die unterschiedliche Suchtpotenz der verschiedenen Rauschgifte wurde nicht ge-

wichtet. Die Ausbreitung des Rauschgiftkonsums und der Rauschgiftsucht während den Liberalisierungsexperimenten in der Schweiz (Platzspitz, Lehen, Kocherpark) und im Ausland (China, USA, Ägypten, England, Schweden und Holland) wurde nicht erwähnt.

Alle diese Fakten zeigen, wie irrational, undurchschaubar die Bestrebungen zur Liberalisierung der Rauschgifte sind.

Es ist ersichtlich, dass keineswegs dumme Frauen und Männer wie E. Lieberherr, Kraushaar, Seidenberg, Uchtenhagen, Gutzwiller, J. Schild, R. Dreifuss, Zeltner und die Tonangeber in den meisten Parteien, Medien und Kultur für die Liberalisierung eintreten und einer Selbsttäuschung erliegen.



Verwässerung der Repression bis zur Unkenntlichkeit

Seit der 1975 durchgeführten Revision des Betäubungsmittelgesetzes wird dem gutgläubigen Bürger eingeredet, dass die Strafbarkeit des Konsums illegaler Rauschgifte die Ausbreitung der Rauschgiftsucht nicht verhindert, sondern begünstigt habe und dass die von Tabus befreite Gesellschaft lernen müsse, mit der Rauschgiftsucht richtig

umzugehen. Es wurde offensichtlich absichtlich verschwiegen, dass bei dieser Gesetzesrevision die Bestrafung des Konsums von der Widerhandlung zur Übertretung gemildert wurde und die Einführung der Art. 19a und 19b den Richtern ermöglichte, den Konsumenten illegaler Rauschgifte wegen Konsum und Drogenbesitz zum eigenen Gebrauch nicht mehr zu bestrafen.

Rauschgiftkonsum und -sucht wurden salonfähig. Mit Kleinhandel konnte der Konsument seit 1975 die eigene (zur Krankheit deklarierte) Sucht durch «Ansteckung» anderer finanzieren und so zur epidemieähnlichen Ausbreitung des Rauschgiftkonsums und der -sucht beitragen. **Wenn Erwerb, Besitz und Konsum lediglich angezeigt aber nach dem ominösen «Oppor-**

Fortsetzung von Seite 6

tunitätsprinzip» nicht bestraft werden, lässt sich die Strafbarkeit der Erzeugung und des Handels mit Rauschgiften nicht mehr glaubwürdig begründen. (sic. Das «Opportunitätsprinzip» ist eine – in Drogenfragen – seit Ende der achtziger Jahre eingeführte internationale juristische Rechtsauslegung, die je nach «Fall» angepasst so oder so ausgelegt werden kann.)

Die Drogenfahndung wird zur demotivierenden Sisyphusarbeit degradiert. Dass Strafe durch Toleranz und So-zialtherapie nicht gänzlich ersetzbar ist, sondern eine wesentliche Präventivwirkung hat, wird z.B. durch den Erfolg der strafrechtlichen Durchsetzung repressiver Gesetze im Strassenverkehr (Geschwindigkeitsbegrenzung, Alkoholtoleranzgrenze, Gurten- und Helmtragobligatorium sowie Sicherheitsvorschriften im Fahrzeugbau) demonstriert. Der Rückgang der Zahl der Verkehrstoten und Schwerverletzten ist seit 1970 eindrucklich, während die Verwässerung der Repression gegen den Rauschgiftkonsum dazu führte, **dass die Schweiz bei der Bekämpfung des Drogenmissbrauchs die mit Abstand schlechtesten Ergebnisse aufzuweisen hat und das Schlusslicht aller vergleichbaren Industrienationen ist.**

Dem Schweizer Bürger eine überdurchschnittliche Suchtanfälligkeit anzudichten, um die Heroierverschreibung als notwendig zu begründen, ist ein besonders schlech-

ter Witz aus dem Bundesamt für Gesundheit BAG und Umfeld der Herren Uchtenhagen, Gutzwiller und Seidenberg. Es fällt offenbar schwer, die permissive Ideologie nicht als Ursache einer erfolglosen Drogenpolitik zu identifizieren.

Die Schweizer Heroierverschreibungsversuche – ein Beispiel miserabler Wissenschaft

Die Zustimmung der überregionalen Ethikkommission der Schweizerischen Akademie der Medizinischen Wissenschaften zu der «ethischen Vertretbarkeit» der Begleitstudien des Bundesamtes für Gesundheit zur Heroierverschreibung wurde vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) und vom Bundesamt für Gesundheit (BAG) in grünes Licht für die Heroinabgabe umgemünzt und als Rückendeckung für die von Anfang an umstrittene Massnahme missbraucht.

Verdrehung der Wahrheit

Aber die Swiss scientific studies wurden von in- und ausländischen Ärzten, von durch die WHO bestimmten Experten, vom internationalen Suchtstoffkontrollrat, Narkoticaexperten und Kriminologen als misslungen und die Erfolgsmeldungen aus dem Eidgenössischen Departement des Innern EDI und dem Bundesamt für Gesundheit BAG als Verdrehung der Wahrheit erkannt. Besonders peinlich ist die Beurteilung durch den mit der Drogensituation in Europa und den USA vertrauten Epidemiologen M.G. Koch und durch den schwedischen Narkotikaspezialisten P. Ollson, dem vom Versuchsleiter im Bundesamt für Gesundheit (BAG) mitgeteilt wurde, der Bericht der von der WHO eingesetzten Expertengruppe enthalte keine Kritik. Das offensichtliche Misslingen der Heroierverschreibungsversuche mit erwartungsgemässer Erhaltung der Sucht, hohem Beikonsum trotz enormer Heroindosen und die ungewöhnlich hohe Gesamtmortalität lediglich wegen einer marginalen Milderung der Begleiterscheinungen der Opiatsucht als Erfolg darzustellen und die Heroinabgabe als nachahmungswürdig zu empfehlen, wird **als Verdrehung von Fakten gewertet, um das vorbestimmte Ziel zu erreichen.** Um die Schweizer Drogenpolitik scheint es für Koch so schlimm bestellt zu sein, dass man annehmen müsse, dass «dieser Sektor der Gesellschaftspolitik in der Schweiz politisch vermint und ideologisch versumpft» sei. Dem aussenstehenden kritischen Beobachter scheint nicht entgangen zu sein, dass eine mächtige Welle von Irrationalität und Wellnessgeschwätz bei einer beunruhigend grossen Zahl von Meinungsmachern in Medien, Behörden und im Parlament, ja sogar in der Justiz, die Vernunft über-

Das Recht auf ein Leben ohne Rauschgifte nicht untergraben

L.G. Einer der Grundpfeiler der ärztlichen Ethik, der **Hippokratische Eid**, d.h. die Verpflichtung, kranken Menschen zu helfen und ihnen niemals Schaden zuzufügen, lässt sich nicht mit der Legalisierung und der Abgabe von Rauschgiften vereinbaren! Kein Hochschulabsolvent, der nach seinem Studium getreu nach den naturwissenschaftlichen Grundsätzen handelt, kann jemals den ideologischen Zielsetzungen der Legalisierer von Rauschgiften zustimmen.

Die Legalisierungsbestrebungen laufen in eine völlig falsche, inhumane Richtung. Zu diesem Schluss muss jeder kommen, der die Fakten rund um die verhängnisvollen Auswirkungen sämtlicher Rauschgifte auf den menschlichen Organismus, vor allem die Funktionsstörungen im Gehirn, eingehend studiert und die Konsequenzen für die Betroffenen und die Gesellschaft durchdenkt und überblickt. Doch nicht nur, dass die Richtung falsch und inhuman ist, sie wird von als «Experten» getarnten Legalisierungsbefürwortern seit Jahren mit kalter Berechnung dogmatisch und strategisch

durchgesetzt. So brachten sie es fertig, das bisher geltende Prinzip der Hilfe, die der Sucht verfallenen Menschen möglichst rasch aus den Klauen der Drogen zu befreien, systematisch zu untergraben. Die subversive Zielsetzung muss erkannt werden: Mit der Abkehr vom Abstinenzprinzip wird bewusst die Schwächung der Gesellschaft und die Destabilisierung unserer Demokratie angestrebt, denn: Mit Rauschgiften vollgepumpte und abhängige Menschen sind leichter zu regieren, zu beherrschen; sie entwickeln keine Selbstinitiative mehr. – Erinnern wir uns der Aussagen ehemals Drogensüchtiger «Verschont jeden jungen Menschen vor den Rauschgiften, bewahrt ihn vor dem unsäglichen Leid sowie den vielen verpassten Jahren in seiner Jugend!»

Oder «Die echte Hilfe für den Abhängigen ist, was ihm zu seinem gesundheitlichen Vorteil reicht und somit nützt, nicht was sich der Abhängigkeitskranke wünscht.»

Nach Prof. Jeanne Hersch (1995) bewirken die Drogen den Verlust des Menschseins.

schwemmt hat. Im Staat der bisher sonst als vernünftig geltenden Eidgenossen scheint etwas faul zu sein. Die eidgenössische Drogenpolitik ist ein Versuch von Politikern und ihren auserwählten Experten, die direkte Demokratie mit irreführenden Informationen und miserabler Wissenschaft zu unterlaufen.

Schlussfolgerungen

Die derzeitige Drogenpolitik der Schweiz entspricht einer schuldbürgerlichen Scharlatanerie mit Unterschlagung von Fakten, Verdrehung der Wahrheit und Selbsttäuschung.

Durch jahrelange Bearbeitung mit lückenhaften, tendenziösen obrigkeitlichen Botschaften und pseudowissenschaftlich durchgeführten Heroierverschreibungsversuchen konnte eine knappe Mehrheit der stimmenden Bürger und Bürgerinnen irreführt werden. Sachlich und vollständig informierte Bürger würden nach dem immer deutlicher zutage tretenden Misserfolg der Heroierverschreibung heute begrüßen, wenn eine Drogenpolitik realisiert würde, die sich auf die Fakten der pharmakologischen und biologischen Wirkungen der Rauschgifte auf das menschliche Verhalten stützt und die Regeln der erwiesenen wirksamen Präventions- und Therapiemethoden befolgt. Die präventive Wirkung der konsequenten Bestrafung von Mis-

sbräuchen kann trotz Sirenen gesängen progressivistischer Strafrechtsabschaffer nicht länger bestritten werden. Die Bewahrung der Jugend vor Gefahren und Schäden durch Rauschgifte ist eine dauernde Aufgabe des Staates. Desinformation und Pseudowissenschaft lösen keine Probleme (Kasten). Sie vergrössern sie!

Prof. Dr. med. M. Geiser, Wabern

Der Zug ist längst schon abgefahren

Sie kommen aus Schwarzafrika, besonders aus Nigeria, und haben fest in ihrer Hand den Drogenhandel hierzuland. Bis dato als «Rassist» verklagte man den, der dies zu sagen wagte. Nun ist es nicht mehr zu bestreiten, nicht einmal von den «guten» Leuten.

Doch jetzt kann man sich Jammern sparen.

Der Zug ist längst schon abgefahren.

Wolf Martin

Weiterführend: Wolf Martin: «Den Nagel auf den Kopf getroffen.» – «Diabolische Verse» – die schärfsten Sprüche und Unveröffentlichtes aus Wolf Martins Giftschränken.

Offizielles Organ der
Schweizer
Demokraten



SD-Zentralsekretariat
Postfach 8116, 3001 Bern
Telefon 031 974 20 10
Telefax 031 974 20 11
Postkonto 80-2270-0
(Zentralkasse Killwangen)
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Redaktion
Schweizer Demokrat
Postfach 8116
3001 Bern

Redaktoren:

Rudolf Keller, SD-Zentralpräsident, Frenkendorf

Dr. Jean-Jacques Hegg, Dübendorf (Leben und Umwelt)

Bernhard Hess, Nationalrat, SD-Zentralsekretär, Bern (CR)

Dr. Dragan J. Najman, Grossrat, Einwohnerrat, Baden

Willy Schmidhauser, Präsident SD Thurgau, Dettighofen

Hans Steffen, Fischenthal



Kanton Aargau

SD Aargau zum Handlungsbedarf im Asylbereich










Positives Signal des Regierungsrates

Für die Schweizer Demokraten SD sind die Anliegen des Regierungsrates, im gesamten Asylbereich eine härtere Gangart zu fordern, nicht neu. Dennoch sehen die SD Aargau in den aktuellen Forderungen des Regierungsrates an die Adresse von Bundesrätin Ruth

Metzler ein durchaus positives Signal, obwohl das ganze asylpolitische Manöver wahrscheinlich nur zur Beruhigung der aufgebrachtten Bevölkerung gelten soll. Nach Auffassung der SD Aargau sind temporäre Polizeieinsätze kein geeignetes Mittel, dem Asylmissbrauch ein für allemal den Riegel zu schieben. Die Behörden des Kantons Aargau haben nach Meinung der SD Aargau die gesetzlichen Möglichkeiten, dem Asylmissbrauch entgegenzuwirken. Was die SD Aargau schon seit langem in parlamentarischen Vorstössen und in ihren öffentlichen Stellungnahmen sowie in einer Petition der SD Kulm an den Regierungsrat gefordert haben, hat nun der Regierungsrat explizit in seinen Formerkatalog aufgenommen – so etwa ein generelles Verbot von Handys und anderen Kommunikationsmitteln für Asylbewerber. Die SD Aargau werden die Ausländer- und Asylpolitik des Bundesrates und des Regierungsrates genau verfolgen und im kommenden Nationalratswahlkampf prioritär thematisieren.

*SD Kantonalsektion Aargau
R. Kunz, Kantonalparteipräsident*

Veranstaltungskalender

Kanton	Sektion	Veranstaltung
Aargau 	Bezirke Baden / Brugg / Zurzach Aargau West	Stammtisch jeden 1. Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Winkelried, Wettingen Stammtisch jeden 1. Donnerstag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Dietiker in Suhr bei Aarau
Baselland 	Sektion Reinach und Umgebung	Jeden 1. Montag im Monat um 19.30 Uhr Stamm im «Reinacherhof»
Basel Stadt 	Kantonalpartei Basel	Stammtisch jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Restaurant Rheinfelderhof
Bern 	Stadt Bern Köniz Sektion Berner Oberland Sektion Oberaargau/ Mittelland/Emmental Sektion Schwarzenburg/Seftigen/Laupen Sektion Thun/Konolfingen	Stammtisch jeden letzten Dienstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bären, Bümplizstr. 150, Bümpliz-Bern. Stammtisch jeden 1. Freitag im Monat ab 20 Uhr im Restaurant Brunnenhof, Landorfstrasse 29, Köniz Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Milan in Ringgenberg Stammtisch jeden dritten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Fankhauser in Langenthal, Tel. 062 922 79 29 SD-Stamm immer am letzten Montag im Monat ab 20.00 Uhr im Tea-Room Vreneli, Guggisberg Stamm jeden letzten Freitag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Romantic, Pestalozzistr. 95, Thun
Luzern 	Innerschweiz	Höck jeden 1. Montag im Monat ab 19.30 Uhr im Hotel Spatz, Obergrundstrasse 103, Luzern
St. Gallen 	Sektion Wil und Umgebung Sektion Stadt St. Gallen und Umgebung	Informationsabend jeden 2. Montag im Monat um 20.00 Uhr im Restaurant Fass in Wil. Weitere Informationen erhalten Sie unter www.infowil.ch/sd-wil 22.–23. Feb. Schlotterübung – Überleben in Schnee und Eis. 26. Februar: Stamm, ab 19.30 Uhr, Rest. Hirschen, St. Gallen, St. Fiden (Vortrag von T. Uhler «Grossbrände in St. Gallen»)
Thurgau 		Am Freitag, 21. März 2003 zelebrieren wir die Jahresversammlung in Weinfelden. Beginn: 20.00 Uhr. Unser Gastreferent ist Max Brunner, Chef Fürsorge von Weinfelden.
Ob-/Nidwalden 	Sektion Unterwalden	Stammtisch jeden letzten Montag im Monat ab 20 Uhr im Saal des Restaurant Sternen in Ennetbürgen (NW)
Zürich 	Sektion Bülach Sektion Dielsdorf Sektion Hinwil Sektion Limmattal Sektion Uster Sektion Winterthur	Höck jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Hotel Airport an der Oberhauserstr. 30, 8152 Opfikon-Glattbrugg, Stammtisch jeden 1. Mittwoch im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hardeggen (beim Bahnhof), Regensdorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Bahnhof, Bubikonstr. 9, Dürnten Stammtisch jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Nassacker in Schlieren Stammtisch jeden zweiten Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hecht in Dübendorf Monatsstamm jeden 1. Donnerstag im Monat ab 20.00 Uhr im Restaurant Hörnli, Winterthur-Töss

JSD St. Gallen

Kommt auch mit zu unserer Schlotterübung

Überleben in Schnee und Eis

Thema: Bau eines Iglu mit abschliessender Übernachtung
– Pflege der Kameradschaft;
– Einer für alle, alle für einen
Ort: Raum Toggenburg – Schwägalp (Kann je nach Schneeverhältnissen variieren)

Datum: 22. bis 23. Februar 2003

Treffpunkt: 8.00 Uhr, Hauptbahnhof St. Gallen

Kosten: Fr. 40.–

Ein detailliertes Programm wird allen Angemeldeten zugesandt.

Anzeige

Steuererklärungen

(ganze Deutschweiz)

Formular ausgefüllt ab Fr. 95.–
AHV-Bezüger(innen) ab Fr. 65.–

Sie können uns Ihre Unterlagen auch per Post zustellen.

Betriebsberatung + Treuhand

Friedrich Auf der Maur
Stationsstrasse 12, 8604 Hegnau
Tel. (01) 946 00 51, Fax (01) 946 00 52



Kanton Basel-Land



Amtsmüde

Vor kurzem ging die Meldung durch die Medien, dass ein Drittel der Lehrer unseres Landes amtsmüde, d. h. überfordert und unglücklich in ihrem Beruf seien. Das ist eine Meldung, die nicht nur alle Eltern, sondern alle Schweizerinnen und Schweizer aufschrecken sollte. Den Grund liegt auf der Hand. Der Andrang von immer mehr ausländischen Schülern ist nicht mehr zu bewältigen. Es gibt Klassen, wo unsere einheimischen Schüler bereits in der Minderheit sind. Auch werden nicht Deutsch sprechende Schüler als zwei Deutsch sprechende gezählt. Die Kosten steigen damit noch weiter. Unsere Lehrerinnen und Lehrer müssen sich dann vor allem mit den Sprachschwierigkeiten abgeben und erreichen das vorgegebene Lernziel kaum mehr. Das Schulniveau sinkt (PISA-Studie) und zurück bleiben frustrierte Schüler und auch Lehrbetriebe. Unternehmer mit kleineren Handwerkerbetrieben bestätigen mir dies jedes Jahr aufs Neue und sagen sogar, dass sie nicht mehr an einer «Stiftausbildung» interessiert sind. Mit

zusätzlichen Millionen von Steuergebern will man Deutsch in den Schulen fördern und die Folgen der verkehrten Einwanderungspolitik der Regierungsparteien korrigieren. Seit Jahrzehnten haben wir Schweizer Demokraten vor solchen Zuständen gewarnt, aber man wollte es nie glauben. Unsere Wirtschaft braucht guten Nachwuchs für sämtliche Betriebe und nicht nur studierte Leute. Weil eine familienfeindliche Steuerpolitik betrieben wird und eigene Kinder sogar zum Armutsrisiko werden können, lässt man den Nachwuchs einfach durch Familiennachzug aus dem Ausland holen. Ein Kuckucksei sondergleichen. Auch auf dieses Problem machen wir nicht nur schnell – wie manch andere Partei – vor den Wahlen aufmerksam. Sondern wir sind ständig am Ball!

Werner Spörri,
Einwohnerrat SD Reinach/BL

Multikulturelles Chaos
Umweltzerstörung
Kriminalität



Handeln wir,
solange noch Zeit bleibt.

SD  wählt **9**
Schweizer Demokraten Liste

Asylunwesen stoppen Schuldenberg abbauen



SD 
Schweizer Demokraten

Zum FDP-Zickzack

Da kann man nur noch staunen! Ich mag mich noch gut daran erinnern, wie ich als Landrat Vorstösse einreichte gegen Missbräuche im Asylwesen und für mehr Sicherheit. Weiter bekämpfte ich auch die Freigabe von Haschisch. Die FDP und die CVP lehnten gleich wie die SP all meine und unsere Vorschläge immer in Bausch und Bogen ab. Plötzlich kommt nun die FDP Baselland daher und fordert im Wahlkampf mehr Sicherheit, Bekämpfung der Missbräuche im Asylwesen, Eindämmung des Haschkonsums usw. Man könnte meinen, bei den Freisinnigen das Parteiprogramm der Schweizer Demokraten zu lesen. Dabei sollte man nie vergessen: All diese Probleme sind die Frucht der largen und liberalen Asylpolitik, einer schwächlichen Sicherheitspolitik und eines jahrzehntelangen Larifari – auch im Drogenbereich – der Regierungspartei FDP (wacker unterstützt durch die CVP und

SP)! Diese Unsicherheit, welche im Volk spürbar ist, geht auf das Konto der Regierenden. Nun im Wahlkampf tun sie so, als ob sie nicht schuld daran seien – nach dem Motto, die Probleme sind einfach so vom Himmel gefallen... Die Regierenden versuchen nun mit einem plumpen Wahlkampf, sich aus der historischen Verantwortung, die sie haben, zu stehlen. Ich empfehle allen, nicht die Billigkopie FDP zu wählen, sondern diesmal dem Original, den Schweizer Demokraten, den Vorzug zu geben und die Freisinnigen mit Stimmenverlusten für ihre jahrzehntelangen Versäumnisse zu «bestrafen». Die Freisinnigen haben vor noch nicht allzulanger Zeit im Landrat für die Haschischfreigabe gestimmt – jetzt sind sie plötzlich dagegen. Das sind in meinen Augen Windfahnen. Was gilt jetzt bei der FDP?

e. Nationalrat Rudolf Keller,
Frenkendorf



Kanton Bern



Vorbildlicher Polizeieinsatz gegen WEF-Terroristen

Die SD danken der Stadtpolizei Bern und allen anderen beteiligten Polizeikräften für die taktische Meisterleistung an der Demo vom Samstag/Sonntag, 25./26. Januar 03. Es spricht für die hervorragende Ausbildung der Polizeikräfte und ihre Führung, wenn sie Terroristen, die keinen Halt vor schweren Körperverletzungen und Sachbeschädigungen machen, stundenlang im «Zaum» halten kann – ohne selber

die Übersicht oder gar Nerven zu verlieren. Es würde die SD nicht verwundern, wenn die primitive Horde, auch WEF-Terroristen genannt, immer noch behaupten würden, sie seien gegen Gewalt.

Nochmals ein herzlicher Dank an alle eingesetzten Polizeikräfte. Weiter so!

SD-Stadtsektion Bern
Walter Krebs, Pressechef

Dringliche Motion von Peter Bühler, SD

Antifa-Abendspaziergang am 1. März 2003, nur mit Auflagen – oder gar nicht!

Nach den Resultaten der immer grösser werdenden Zerstörungs- und Gewaltbereitschaft der diversen antifaschistischen Abendspaziergänge der vergangenen Jahre und dem Ergebnis der Anti-WEF-Demonstration vom 25. Januar 03, mit einer für die Stadt Bern bisher unbekannt Dimension der Gewalt, ist Vorsicht angebracht. Hinsichtlich des antifaschistischen Abendspazierganges am 1. März 2003, welcher, wie die vergangenen Jahre zeigten, ein beträchtliches Gewaltpotential aufweisen wird, ist von den Organisatorinnen und Organisatoren bis spätestens zum 15. Februar eine verbindliche Zusage zur absoluten Gewaltlosigkeit

zu verlangen! Auch müssen sich die Verantwortlichen dazu verpflichten, gewalttätige Unruhestifter sofort aus der friedlichen Demonstration auszuschliessen.

Werden diese Zusagen nicht abgegeben, darf der antifaschistische Abendspaziergang nicht bewilligt werden. Bei Zuwiderhandlungen muss mit aller Härte gegen die gewalttätigen Demonstranten vorgegangen werden und die Organisatoren sind zur Verantwortung zu ziehen. Das Ziel muss es sein, einen antifaschistischen Saubannerzug zu verhindern und somit beträchtlichen Sachschäden vorzubeugen!

Die **zunehmende Überbevölkerung** unseres kleinen Landes mit immer mehr ausländischen Arbeitskräften und deren Familien führt uns zusehens ins Dilemma: **Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit, Verkehrschaos, Umweltzerstörung, Bildungsnotstand** und Verlust der eigenen Identität. Darum Gegensteuer geben mit

Liste 9

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert wählen!

Regierungsrat: Bruno Steiger

SD, Postfach 224, 4402 Frenkendorf

SD 
Schweizer Demokraten

Vorrang für
Einheimische!

www.schweizer-demokraten.ch



Kanton Thurgau



Eine «demokratische» Katastrophe!

Wieder sind verummte, alles zerstörende und von der Polizei höchstens beobachtete Demonstranten in aller Öffentlichkeit tätig gewesen, unsere Demokratie zu vernichten, die öffentlichen Sachwerte des Volkes (Bahnen, Anlagen, Strassen und Installationen zu demolieren und private Anlagen, Autos und Vermögenswerte, für Millionen zu zerstören und zu vernichten. Es ist zum Weinen, wenn wir Schweizer Demokraten bedenken, was wir durch das Bezirksgericht Steckborn erfahren mussten, weil wir es wagten, gewaltlos und demokratisch mit einigen Flugblättern den Bürgerinnen und Bürgern nichts als die Wahrheit aufzuzeigen! Ist das die Art Demokratie, die den Regierungsparteien vorschwebt? Ist das die Art Demokra-

tie der Linksparteien und von Frau SP-Parteipräsidentin Brunner – und ist diese Partei nicht auch Regierungspartei? Wie gross wäre wohl das Geschrei, wenn Schweizer Demokraten schweizweit derart undemokratisch, gewalttätig und terroristisch agieren würden; von den gewaltigen Steuermitteln, die der polizeiliche Schutz dieser internationalen Veranstaltung in Davos schliesslich kostet, gar nicht zu reden – auch nicht zu reden vom gewaltigen, internationalen Imageverlust unseres Landes! Gehen mit diesem Terror nicht die absolut berechtigten Argumente aller Globalisierungsgegner einfach unter?

*Schweizer Demokraten,
SD Thurgau
Kantonale Parteileitung,
Beschlussfassung*

Unglaubliche Gerichtspraxis im Thurgau

(Eine Betrachtung des direkt betroffenen Präsidenten im Thurgau, Willy Schmidhauser)

Vor etwa 1½ Jahren ist Andreas Netzle – er kam aus dem Kt. Solothurn – Chefredaktor der Thurgauer Zeitung geworden. Seit diesem Moment begann für unsere Partei der Leidensweg. Ebenso mit der angekoppelten Regi vom Hinterthurgau: Zweimal haben zwischen 30 und 40 Personen bei Verwaltungspräsident Urs Lüdi vorgesprochen. Immer wieder sind SD-Delegationen aktiv geworden. Aber alle Versprechungen wurden ignoriert. Dann hat eine Gruppe 156 Haushaltungen in Gerlikon (Wohnort des Chefredaktors ob Frauenfeld) mit einem Flugblatt bedient, indem den Menschen nichts als die reine Wahrheit und die Gründe der SD-Absenz in der Thurgauer Zeitung aufgeführt wurden.

Schmutz, Dreck und Machenschaften...

Oft und immer wieder wurde die SD-Thurgau, vor allem aber ihr Präsident in den Schmutz gezogen, durch Netzle selber oder durch Journalisten, Alt-NR. Schmid oder linke Leserbriefschreiber. Richtigstellungen oder Antworten wurden unseres Wissens nie publiziert. Nun hat Statthalter Roger Forrer von Steckborn, für dessen Wahl wir Schweizer Demokraten eingestanden waren, die Klage von Anwalt

Hotz (Anwaltsbüro Ständerat Hermann Bürgi, SVP) umgesetzt und eine Klage wegen «Nötigung» ermöglicht.

Ein Einzelner wird geknüttelt...

Obwohl das Flugblatt, dessen Text und Verteilung von der kantonalen Parteileitung beschlossen, vorgenommen und unterzeichnet wurde, musste jetzt der SD-Präsident dafür «vor die Schranken»! Offensichtlich ist das letzte Mittel einer Oppositionspartei – das korrekte Flugblatt – nicht einmal mehr im Thurgau möglich! Soll unsere Demokratie etwa so funktionieren wie am Davoser Gipfel? Der Aufruf an die Leser durch eine Oppositionspartei ist offenbar trotz Bundesverfassung §16 ebenfalls rechtswidrig. Ja wie in aller Welt soll dann noch eine in der Verfassung garantierte freie Meinungsbildung praktiziert werden? Wie soll Demokratie funktionieren, wenn die Opposition Tag und Nacht schikaniert, verleumdet und gehindert wird? Wie soll das «freie Wort» die Basis der Demokratie sicherstellen, wenn Oppositionsparteien einfach totale Maulkörbe verpasst bekommen?

Dazu Verdrehungen und Lügen!

Gegen schwule Redaktoren hat die SD nie gerungen; allerdings gemahnt, weil dieser Redaktor in ganzseitigen Artikeln, Kommentaren und Sachbeiträgen in Sachen

Familienpolitik im Thurgau das grosse Wort geredet hat. Bei vielen unschönen und persönlichen Angriffen unter die Gürtellinie ist vom TG-Kantonalpräsidenten nie eine Entgegnung publiziert worden. Chefredaktor Netzle hat Oppositionsarbeit auch anderer Parteien verhindert. Seine Argumentation, die SD sei ja gar nicht im Kantonsrat vertreten, ist kaum stichhaltig. Schweizer Demokraten stellen, wie andere Oppositionsparteien auch, keine Bewerbungen mehr für diese Ämter. In all den Jahren wurden von den Medien und Regierungsparteien zu viele Vertreter der Opposition fix und fertig gemacht. Die Berichterstattung über ihre Arbeit in Gemeinde- oder Kantonsrat wurde geklemmt oder so gestaltet, dass sie negativ wirkte. Darum kandidieren die SD Thurgau nur noch für den National- und Ständerat. Man will keine weiteren, sinnlosen Opfer bringen!

Redaktoren – die grossen und totalen Manipulatoren...

Anstatt nun Regierungs- und Oppositionsparteien in den Medien gleich grosse Räume einzuräumen, spielen viele Redaktoren die grossen Lenker, Schiedsrichter und Kommentatoren der Demokratie. Sie lassen jene zu Worte kommen, die ihnen passen. Oft sind es linke Vertreter oder auch Bürgerliche und nicht zu vergessen, die Redaktoren selber. Sie können sich in keinem Falle auf irgend einen Volksauftrag abstützen – sie tun, was ihnen passt! Jene 60%, die aber nicht mehr an die Urnen gehen, werden schon gar nicht einbezogen. Wir Schweizer Demokraten verlangten von der Thurgauer Zeitung die Platzierung einer Medien-

mitteilung pro Woche, was einen Fünfhundertstel des Publikationsraumes der ganzen Woche ausmachen würde. Wahrlich, ist das nicht so lächerlich wenig für unsere Demokratie, dass alles klar sein müsste?

SD-Thurgau: Ein vorbildliches Vorgehen!

Chefredaktor Netzle hat Dinge getan, die kein korrekter Eidgenosse gutheissen kann. Medienmitteilungen der Schweizer Demokraten, der kantonalen Parteileitung, hat er einfach im Abfall entsorgt, massiv verändert oder dann einige wenige als Leserbrief von SD-Präsident Willy Schmidhauser publiziert. Er hat Berichte von SD-Anlässen massiv gekürzt, miese Berichte von Journalisten verlangt und die SD immer wieder in ein schiefes Licht gerückt. Wenn wir heute die Entwicklung der Autonomen und Verummten in der ganzen Schweiz – besonders mit Blick auf Davos – analysieren, müsste doch das demokratische Vorgehen der SD Thurgau mit Flugblättern und friedlichen Mitteln mehr als gelobt werden. Wo aber soll unser Land und unsere Demokratie dereinst enden? Wir sehen mehr als schwarz... leider!



Kanton Zürich



Bezirkssektion Uster

Erstmals mit voller Liste in die Kantonsratswahlen!

Die Schweizer Demokraten (SD) haben ihre Liste für die diesjährigen Kantonsratswahlen bereinigt. Sie treten erstmals mit einer unku mulierten vollen Liste an. Die erfreuliche Mitgliederbewegung mit vielen Neuzugängen erlaubt ihnen neuerdings dieses Vorgehen. An der Spitze steht der bisherige Mandatsträger Hansjörg Fischer, Landwirt auf der Forch, der erneut kandidiert, gefolgt vom Betriebsberater, Treuhänder und Bezirks parteipräsidenten Friedrich auf der Maur aus Volketswil. Auf den weiteren Plätzen kommen die beiden Gemeinderäte aus Uster und Dübendorf, Werner Kessler und Dr. Jean-Jacques Hegg.

1. Hansjörg Fischer, Landwirt (Egg-Forch)
2. Friedrich auf der Maur, Betriebsberater (Volketswil)
3. Werner Kessler, Gartenbauunternehmer (Uster)
4. Dr. med. Jean-Jacques Hegg, Facharzt FMH (Dübendorf)
5. Elisabeth Cafilisch, Sekretärin (Dübendorf)
6. Christian Fischer
7. René Bättig
8. Ruth Weber
9. Tina Weber
10. Fritz Hammer, Rolf Peter, Fritz Wörnhard.



Kanton Zürich



Mobilisation für die Zürcher Kantons- und Regierungswahlen

csz. Im Kanton Zürich steht den Schweizer Demokraten am 6. April 2003 ein äusserst wichtiger Urnengang bevor. Wie in der letzten Ausgabe berichtet werden konnte, sind die SD in 15 von 18 Wahlkreisen mit Kandidatenlisten für das Parlament des bevölkerungsstärksten Kantons bereit. Unser bisheriger Kantonsrat Rolf Boder fordert als Regierungskandidaten die bisherigen und neuen Kandidaten des linken und rechten Machtzilzes heraus.

Jetzt aber a d'Seck!

Die Schweizer Demokraten verfügen über wenig Geld, müssen dafür aber auch nicht so politisieren, wie es irgendein reicher «Sponsor» verlangt, sondern sind frei, in ihrem Einsatz gegen die Überfremdung und Übervölkerung, Verbetonierung und Verschandelung der Heimat alles zu tun, was sie für nötig erachten. Unser Erfolg steht und fällt aber mit dem Einsatzwillen der Mitglieder und Sympathisant(inn)en. Schon jetzt müssen wir alle im Freundes- und Bekanntenkreis dafür werben, dass die SD-Liste gewählt wird. Viele Bürger(innen) wissen nämlich gar nicht, wer wir sind und was wir wollen. Die praktisch gleichgeschalteten Medien verbreiten über die SD seit Jahrzehnten allerlei Schauermärchen, z.B. wir seien «rechtsextrem», «rassistisch» und dergleichen. Auch an manchen Schulen wird im Staatskundeunterricht ein solches Bild von unserer Partei vermittelt. Dabei ist das, was diese Kreise «rassistisch» nennen, nichts anderes als der legitime Selbsterhaltungswille, den jedes Volk haben darf – und haben muss, wenn es nicht untergehen will. Mit Rassendünkel und Geringschätzung anderer Völker hat das gar nichts zu tun, im Gegenteil. Solche Ideologien lehnen wir seit jeher ab. Das Fernsehen DRS weigert sich seit etwa zwei Jahren konsequent, auch nur unsere Empfehlungen zu eidgenössischen Volksabstimmungen zu veröffentlichen, und manche Zeitungen verhalten sich ähnlich. Wenn unsere Stellungnahmen publiziert würden, könnten die Leute ja merken, dass wir weder «rechts» noch «extrem», sondern einfach Patriot(inn)en aus allen Bevölkerungsschichten sind, die nicht zuschauen wollen, wie die Schweiz verstädtert, überbevölkert und regelrecht entschweizert wird. Mit allen Mitteln wird versucht, uns (und auch andere kleine Parteien an den Rand zu drängen und

kaputt zu machen. Mit Jammern und Klagen über die uns übel gesinnten Medien ist dagegen nichts auszurichten. Wir müssen – jede und jeder an ihrem/seinem Platz – die Stimmberechtigten über unsere politischen Auffassungen und Ziele aufklären.

Exemplare unseres neuen Kurzprogramms 2003 und Kleber «Schluss mit der multikulturellen Invasion» sind erhältlich bei: Schweizer Demokraten, Postfach 9103, 8036 Zürich. Wir sind auch auf eine grosse Zahl von HelferInnen angewiesen, die unsere Flugblätter in die Briefkästen verteilen. So gelangen Original-Informationen über unsere Partei zu den BürgerInnen, ohne dass die Machtzilz-Politiker und ihre Medien etwas manipulieren oder unterdrücken können!

Am 6. April 2003 Liste 7 (Schweizer Demokraten) in die Urnen, und Rolf Boder in den Regierungsrat!

Kandidatenlisten der SD für die Zürcher Kantonsratswahlen vom 6. April 2003

Wahlkreis VII (Bezirk Dietikon: 11 Sitze)

1. Alder Markus, dipl. Verkehrslehrer, 1970, 8953 Dietikon
2. Alder Markus, dipl. Verkehrslehrer, 1970, 8953 Dietikon
3. Wahl Roland, Verkäufer, 1963, 8902 Urdorf
4. Wahl Roland, Verkäufer, 1963, 8902 Urdorf
5. Böni Rudolf R., Werkzeugmaschinist, 1963, 8953 Dietikon
6. Böni Rudolf R., Werkzeugmaschinist, 1963, 8953 Dietikon
7. Waldvogel Sacha Roger, Automechaniker, 1972, 8952 Schlieren
8. Waldvogel Sacha Roger, Automechaniker, 1972, 8952 Schlieren
9. Hedinger Heidi, Betriebsassistentin PTT, 1968, 8903 Birmensdorf
10. Hedinger Heidi, Betriebsassistentin PH, 1968, 8903 Birmensdorf
11. –

Wahlkreis XI (Bezirk Hinwil: 11 Sitze)

1. Brändli Roland, Elektromonteur, 1972, 8340 Hinwil

2. Meili Florian, kaufm. Angestellter, 1976, 8635 Dürnten
3. Vogt Otto, Rentner, 1931, 8620 Wetzikon
4. Heusser Roland, Büroangestellter, 1967, 8620 Wetzikon
5. Weber Fridolin, Polizist 1972, 8620 Wetzikon
6. Duss Beat, Zimmermann, 1954, 8340 Hinwil
7. Schaufelberger Hans, Lagerist, 1947, 8497 Fischenthal
8. Stössel Markus, Mechaniker, 1968, 8630 Rüti
9. Gräser Christian, Mechaniker, 1976, 8340 Hinwil
10. Kunz Mina, Hausfrau, 1923, 8636 Wald
11. Bachmann Oskar, Privatier, 1922, 8630 Rüti

Wahlkreis XIV (Winterthur-Stadt: 13 Sitze)

1. Fröhlich Ursula, Sicherheitsbeauftragte, 1952, 8406 Winterthur
2. Fröhlich Ursula, Sicherheitsbeauftragte, 1952, 8406 Winterthur
3. Fluri Adrian, Kaufmann, 1948, 8405 Winterthur
4. Fluri Adrian, Kaufmann, 1948, 8405 Winterthur
5. Lagler Daniel, Beamter, 1967, 8405 Winterthur
6. Lagler Daniel, Beamter, 1967, 8405 Winterthur
7. Krebs Roger, Kantonspolizist, 1978, 8308 Illnau
8. Krebs Roger, Kantonspolizist, 1978, 8308 Illnau
9. Büchi Werner, Mechaniker, 1954, 8405 Winterthur
10. Büchi Werner, Mechaniker, 1954, 8405 Winterthur
11. Armbruster Emanuel, Verkaufsberater, 1980, 8406 Winterthur
12. Armbruster Emanuel, Verkaufsberater, 1980, 8406 Winterthur
13. Schwengeler Doris, Geschäftsführerin, 1946, 8405 Winterthur

Wahlkreis XV (Winterthur-Land: 7 Sitze)

1. Nüssli Irene, Sicherheitsbeauftragte, 1950, 8413 Neftenbach
2. Nüssli Irene, Sicherheitsbeauftragte, 1950, 8413 Neftenbach
3. Gaille Yves, Liftmonteur, 1974, 8414 Buch a.I.
4. Gaille Yves, Liftmonteur, 1974, 8414 Buch a.I.
5. Schwengeler René, Geschäftsführer, 1940, 8405 Winterthur
6. Schwengeler René, Geschäftsführer, 1940, 8405 Winterthur
7. –

Wahlkreis XVII (Bezirk Bülach: 16 Sitze)

(abgegeben am 19.12.02)

1. Boder Rolf, Flughafenpolizist, 1963, 8152 Glattbrugg (bisher)
2. Boder Rolf, Flughafenpolizist, 1963, 8152 Glattbrugg (bisher)
3. Kaese Elvira, Telefonistin, 1956, 8152 Glattbrugg
4. Kaese Elvira, Telefonistin, 1956, 8152 Glattbrugg
5. Peter Marcel, Beamter, 1964, 8152 Glattbrugg
6. Peter Marcel, Beamter, 1964, 8152 Glattbrugg
7. Wyss Christian, Landwirt, 1953, 8185 Winkel
8. Wyss Christian, Landwirt, 1953, 8185 Winkel
9. Merz Martin, Geschäftsführer, 1966, 8182 Hochfelden
10. Merz Martin, Geschäftsführer, 1966, 8182 Hochfelden
11. Zollinger Thomas, Lokführer, 1955, 8302 Kloten
12. Zollinger Thomas, Lokführer, 1955, 8302 Kloten
13. Senn Philippe, Kaufmann, 1971, 8185 Winkel
14. Senn Philippe, Kaufmann, 1971, 8185 Winkel
15. Grotteschi Rita, Sicherheitsbeauftragte, 1952, 8180 Bülach
16. Grotteschi Rita, Sicherheitsbeauftragte, 1952, 8180 Bülach

Wahlkreis XVIII (Bezirk Dielsdorf: 10 Sitze)

1. Metz Hans-Rudolf, Flughafenpolizist, 1951, Regensdorf-Watt
2. Kuhn Peter H., techn. Kaufmann, 1944, Adlikon
3. Müller Peter, Vorarbeiter SMGV, 1973, Niederweningen
4. Bader Heinrich, Gartenbau-Unternehmer, 1948, Regensberg
5. Schmid Uwe, städt. Angestellter/Haustechnik, 1965, Oberglatt
6. Schwalder Günter, Telecom-Techniker, 1952, Rümlang
7. Winzeler Richard, Kellermeister, 1939, Steinmaur
8. Kressibucher Peter, techn. Angestellter, 1949, Regensdorf
9. Dalbert Daniel, kant Angestellter, 1969, Oberglatt
10. Hofstetter Hans Ulrich, techn. Modellbauer, 1934, Neerach

Die Listen der Sektion Zürich-Stadt (Wahlkreise I–VI) wurden in der Januar-Ausgabe publiziert, diejenigen der Bezirke Horgen, Meilen und Uster folgen im März.



Wo bleibt Ogi?

Alt Bundesrat Ogi wurde bekanntlich vom UNO-Generalsekretär Kofi Annan himself zum «UNO-Sonderbeauftragten für Frieden, Sport und Entwicklung» ernannt.

Seine ehemaligen Bundesratskollegen unterstützen seine Mission mit Fr. 120'000.-, inoffiziell mit fast Fr. 500'000.- pro Jahr, aus der Bundeskasse natürlich. Ein Pappentstiel, wenn damit der Weltfrieden gesichert ist. Seither ist es um den einst so quirligen, medienbewussten Alt Bundesrat still geworden. Gerade jetzt wäre aber sein Einsatz dringend notwendig, denn im Irak droht ein Krieg auszubrechen. Ist diese Tatsache Ogi nicht bekannt, bzw. warum wird er nicht aktiv? Hat er sich bereits der UNO-Lethargie angepasst? Oder – was wahrscheinlicher ist – besteht gar der einzige Zweck seines Amtes darin, entsprechende Pfründe zu generieren?

Otto Weiersmüller, Uetikon

«Soll seine Zeitung lesen!»

Während Gratis-Wochenzeitungen im Thurgau auch 2002 steigende Umsätze und Inserate-Einnahmen melden, klagt die Thurgauer Zeitung – zusammen mit der anderen Tageszeitung im Oberthurgau. Warum? Wäre ich Zeitungsunternehmer heute, gälte für mich ein entscheidender und grundsätzlicher Leitsatz: Ich mache eine Tageszeitung für alle! Alle Menschen sollen darin zu Worte kommen! Ganz sicher auch alle Parteien und insbesondere die Regierungs- und Oppositionsparteien. Jeder, der meine Zeitung in die Hand nimmt, soll «seine Zeitung lesen!» Diesen Grundsatz würde ich vor allem auch sehen mit Blick auf jene 60%, die nicht mehr an die Urnen gehen. Sicher, dieses Ziel anzustreben, ist nicht einfach, aber ganz bestimmt für den Erhalt unse-

rer zwei Tageszeitungen von grosser Wichtigkeit und für ein Inserate-Wachstum genau der richtige Weg.

Warum also sollen gewisse Parteien in der Thurgauer Zeitung benachteiligt werden? Warum hat die Opposition nur Leserbriefstimme? Warum wird der Präsident der SD Thurgau eingeklagt, weil er genau das verlangt hat, was in unserer Verfassung garantiert wird? Und kann sich «eine Person ihre Meinung frei bilden», wenn die Medien einseitig informieren? Ich glaube, die TZ müsste sich hier mehr als entschuldigen! Dann aber wäre die «Bahn frei», die TZ könnte Zeitung aller werden und die wirtschaftlichen Probleme wären gelöst!

Werner Augsburger,
Niederwil

Asylinitiative – Schönfärberrische Gegenpropaganda

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH dankt der Schweizer Bevölkerung für die Ablehnung der Asylinitiative. Das Ergebnis sei ein klares Bekenntnis zur humanitären Tradition der Schweiz und zu einer von Vernunft gesteuerten Asylpolitik.

Leider vergessen die SFH und gewisse Politiker, dass fast 50% der stimmenden Schweizer Bürger ein JA in die Urnen legten. Diese knappe Niederlage ist auch auf verfälschte Mitteilungen von Politikern, Parteien, Hilfswerken, kirchlichen Kreisen und Medienschaffenden zurückzuführen, die den Missbrauch des Asylrechts und die hohe Kriminalitätsrate von Asylbewerbern «relativieren», verharmlosen und beschönigen. Sie basteln «Begründungen» und Ent-

schuldigungen, warum es eben für die armen Asylbewerber schwierig sei...! Man spricht immer von Integration, aber viele wollen sich nicht integrieren.

90% der Asylbewerber kommen illegal in unser Land und ebenfalls 90% sind Scheinflüchtlinge.

Etwa jeder 10. Asylbewerber kann als Flüchtling anerkannt werden! Ängste und Skepsis im Zusammenhang mit Ausländern sind momentan ein grosses Thema, und dies bestimmt nicht unbegründet.

Man muss sich nicht wundern, wenn sich die rassistischen Vorfälle immer mehr häufen, bei den Umständen, die in unserem Land herrschen.

M. Goetschi,
Oberwil bei Büren BE

Er ist nicht willkommen

Die scheint repräsentative Umfrage des WWF, wonach 75% der Schweizer Bevölkerung das feige Raubtier Wolf, das in Rudeln einzelnes, praktisch wehrloses Wild umzingelt und zerreisst, wieder im Lande sehen möchte, scheint mir unglaublich. Ich habe noch niemanden getroffen, der diesen von Pro Natura angestifteten Unsinn befürwortet.

Es wäre vielmehr Aufgabe von Pro Natura, sich für die Abschaffung der Jagd einzusetzen und damit einhergehend die Bestandesregelung mittels Kastration (unter Betäubung). Aber für die Initiative im Kanton Aargau, wenigstens die

Jagd auf die in ihrem Bestand gefährdeten Hasen zu verbieten, rührte Pro Natura keinen Finger. Wie man lesen konnte, befand sich sogar ein Ortsvertreter von Pro Natura unter den Gegnern der kantonalen Verfassungsinitiative.

Ein anderes Beispiel für die Haltung von Pro Natura: wie der Schreibende als Mitglied dieser Organisation sie bat, eine herrliche Gruppe seltener Bäume auf seiner Liegenschaft im Kanton Schwyz unter Schutz zu stellen, erhielt er schriftlich den Bescheid, dies sei eine Angelegenheit für den Heimatschutz...!

J. Fischlin, Zürich

Wo bleibt unsere Freiheit?

Wenn unsere Freiheit und Demokratie uns wertvoll erscheint, müssen wir auch für sie kämpfen. Darf ich Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, daran erinnern, dass wir dazu etwas dringend brauchen: Eine breite Information der Stimmbürger zu allen Fragen, Vorlagen und Abstimmungen. Wie aber soll das möglich sein, wenn die Oppositionsparteien immer mehr verfolgt werden? Im ganzen Kanton Thurgau gibt es nur noch zwei Tageszeitungen und in vielen Dörfern und Bezirken hat es nur noch eine einzige Zeitung, die breiter informieren könnte. Diese Zeitungen aber müssen doch alle Meinungen bringen. Es darf doch nicht sein, dass sich ein Blatt auf eine Partei beruft! Das geht doch einfach nicht! Darum bitte ich alle Menschen im Thurgau dringend, dahin zu wir-

ken, dass die verbleibenden zwei Tageszeitungen alle Meinungen drucken – insbesondere die Regierungs- und Oppositionsparteien! Es darf doch nicht sein, dass der Präsident der Schweizer Demokraten verurteilt wird, weil er genau das mit anständigen und fairen Mitteln zu erreichen suchte! Wenn die Thurgauer Zeitung die bescheidene, wöchentliche Stellungnahme der Schweizer Demokraten nicht drucken will, ist das ein gewaltiger Verlust für unsere Demokratie!

Und ich sage es offen, es wäre schön, wenn sich noch mehr Oppositionsgruppen zur sachlichen Diskussion melden würden, denn diese kann für unser Land nur von grossem Vorteil sein!

Johannes Schär, Matzingen

Legalize it

Legalize it. Wenn das eine Reklame für ein Limonadegetränk ist, so kann man ja noch mit-schmunzeln. Doch bei Haschisch, da läuft es einem schon kalt den Rücken hinunter. Haben wir denn durch das offenbar so verbreitete Kiffen schon den Verstand verloren?

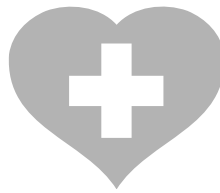
Immerhin muss man Stephan Heim, der am 23.1. schrieb, danken, dass er beschreibt, was es bei den Leuten bewirkt – nicht nur Leistungsabbau...

In Schweden, Neuseeland und Australien wurden Untersuchungen über Cannabis vorgenommen, die die Schädlichkeit von Cannabis-Konsum in jungen Jahren belegen. Die massenstatistischen Untersuchungen ergaben eine, erhöhte Wahrscheinlichkeit der späteren Erkrankung an Schizophrenie bei Leuten, die regelmässig im jünge-

ren Alter Cannabis geraucht hatten. Die Untersuchungen in Australien lassen den Schluss zu, dass auch Depressionen verschiedenster Art bei früheren Cannabis-Raucherinnen mit grösserer Häufigkeit vorkommen. Alle drei Untersuchungen wurden mit hochwissenschaftlicher Akribie durchgeführt und im British Medical Journal veröffentlicht.

Man dürfte sicher erwarten, dass auch unsere Regierung auf gemachte Studien abstellt, wenn Sie im März über die Legalisierung einer so umstrittenen Droge entscheiden will. Oder eben damit zuwartet, bis der Satz wirklich überholt ist, Haschisch sei noch zu wenig erforscht.

Ursula Lörcher, Zürich



Pourquoi sommes-nous entrés à l'ONU?



Mary Meissner,
Vernier

En effet, la question doit être posée. Nous avons réussi à rester en dehors de ce machin créé juste après le fiasco de la SDN (Société des Nations) à la fin de la Seconde guerre mondiale, parce que nous ne voulions pas siéger aux côtés de tous ces représentants de nations qui s'étaient entre-tuées pour rien. Cette organisation coûteuse, assise sur un monceau de cadavres a prouvé à ce jour, son incapacité à régler des conflits qui continuent à détruire les ressortissants de ses membres grands et petits. Ses présidents pleins de bonne volonté ont essayé de prononcer de beaux discours, en vain.

Et la Suisse, pour ne pas être tout à fait ignorée parce qu'elle avait offert un Palais des Nations à Genève, abrite aujourd'hui un monstrueux montage, dénoncé par Georges Malibrunot et Christian Chesnot, dans leur livre «L'Iraq de Saddam Hussein, portrait total» (éd. 1 Paris)

Où recrute-t-on un charpentier à 11'000 euros par mois? Où doit-on changer de voiture tous les trois ans, même si elle est toujours en parfait état de marche? Et dans quel eldorado les chiens renifleurs de mines sont-ils mieux nourris que la population? En Iraq. Et quel est l'employeur si généreux? Les Nations Unies. D'autant plus que l'ONU ne finance pas les salaires de son personnel. Avec le programme humanitaire mis en place sous le nom de «Pétrole contre nourriture», savez-vous que c'est la première fois dans l'histoire guerrière de notre planète, que le pays récipiendaire de cette aide la finance lui-même. D'autres questions se posent: «Où sont passés les fonds des Nations Unies au Kurdistan?» A-t-on gaspillé sciemment les réserves financières de l'Iraq? Tout le monde le sait, mais le personnel a reçu l'ordre de se taire. Les ONG sont outrées mais n'osent pas dénoncer cette aberration, car le gâteau est tellement bon que personne ne veut mettre les pieds dans le plat.

En vertu de cet arrangement, le produit des ventes pétrolières échappe au Gouvernement irakien, et pas un sou ne transite sur son territoire. L'argent est versé directement sur un compte séquestré par l'ONU auprès de la BNP à New York. Seuls, 71% de ces ventes permettent des achats sur le marché international au profit de la population.

25% sont syphonnées au titre de réparation de guerre. 2,2% couvrent les frais de fonctionnement de l'ONU. 0,8% est utilisé pour le désarmement et enfin 1% pour les frais bancaires de la gestion des fonds séquestrés.

3% du pétrole irakien sert donc à financer la gestion de l'ONU. Sachant que l'Iraq a exporté pour environ 56 milliards de dollars d'or noir depuis 1996, la contribution de Saddam à l'ONU s'est élevée à environ 1,7 milliard \$, soit le premier bailleur de fonds auprès de l'ONU, alors que Bagdad a perdu son droit de vote «PARCE QU'IL N'A PAS ACQUITTE SES COTISATIONS». Alors la poule aux œufs d'or risque bien de ne plus pondre de la même façon si la guerre est déclarée.

Jusqu'à présent, cette manne a permis l'engagement de 1000 fonctionnaires humanitaires de plus, puisqu'ils n'étaient que 200 en 1998. Un responsable avoue ne plus savoir que faire de son argent. «J'ai fait supprimer des postes de messagers qui coûtaient 600\$ par mois, soit cent fois le salaire d'un professeur de l'Université. C'était immoral car leur boulot consistait à transférer des fax d'un bureau à un autre vingt mètres plus loin. Le budget pour remettre l'électricité dans les provinces kurdes du Nord se monte à 1 milliard de \$, soit plus que pour une intervention au niveau de la planète. (600 millions seulement) Pareille disproportion vaut pour l'UNESCO, l'UNICEF et la FAO, plus une demi douzaine d'autres agences qui ont ouvert leurs portes entre le Tigre et l'Euphrate. Les projets sont plus qu'aberrants. Ainsi l'UNESCO s'apprête-t-elle à ouvrir une Université ultramoderne, alors que la réhabilitation devrait servir aux écoles primaires. Dans les provinces kurdes du Nord, les délégués onusiens ont droit à 2 semaines de vacances tous les deux mois, et outre un salaire confortable, 100\$ chaque jour de coût de la vie, en l'occurrence bon marché. Ces pseudo mercenaires font mine de travailler dans des bureaux vides et

mettent deux heures pour faire une photocopie. Et à leur retour en Europe, ils peuvent recevoir jusqu'à 15'000 \$ de frais de déménagement.»

Dans les régions kurdes, une délégation de déminage y travaille avec 28 chiens renifleurs et quelques trente tonnes de viande ont été transportées pour les nourrir. Chaque tripléte canine a eu droit à son dresseur, son pick up et deux guides. Pour qu'ils ne souffrent pas de frustration on a fait venir des «biches» pour assouvir leurs besoins sexuels. La facture de l'opération s'est montée à 33'000\$.

Cela n'est il pas éhonté dans un pays où les enfants souffrent et meurent faute d'aide appropriée.

Les Nations Unies leur volent la vie et sans vergogne s'approprient à mauvais escient des revenus qui ne leur appartiennent pas. J'ai voulu dénoncer aux côtés de ces deux courageux auteurs, la vilénie, les saloperies et la bassesse de ces nantis qui n'ont ni foi, ni loi et qui donnent la nausée. Que vient faire la Suisse dans ce machin puant? Et maintenant que nous sommes en déficit monstrueux (3 milliards pour cette année) nous devons verser dans les caisses bourrées d'or de l'ONU, des cotisations qui pourraient aider notre quart monde et nos «working» poors, plus tous les chômeurs qui augmentent le marché du travail saturé par des clandestins étrangers.

Le Piloni

Facile!

Bien sûr que les Turcs et les Chypriotes turcs sont pour la réunification de l'île! C'est dur de rendre les biens volés et de ce fait reconnaître sa culpabilité. Les Turcs envahisseurs qui depuis plus de 30 ans ont fait leur nid comme les coucous dans le nid des autres oiseaux, et ont construit des maisons sur des terres occupées par la force militaire, sont décidés à rester sur et dans les domaines conquis, et c'est peu cher payer que d'«ACCEPTER» la réunification genre confédération. Mais les Chypriotes grecs qui attendent depuis toutes ces années un miracle qui rendrait à leurs enfants leurs propriétés, n'ont pas la même conception politique et économique. Je pense que le référendum ne passera pas la rampe.

Guerre ou épée de Damoclès?

Les Américains «bushistes» répètent jour après jour que l'Iraq doit prouver qu'il n'a pas de réserves ou de concentration d'armes létales. Mais comment un pays accusé de posséder des réserves de gaz ou des bombes atomiques peut-il «prouver» quelque chose qu'il n'a pas? Puisque les contrôleurs de l'ONU font justement ce travail de recherche, il y a lieu d'attendre les résultats. Le fait qu'il y a coopération dans ces recherches avec la population et le gouvernement devrait être souligné avec force. Heureusement que c'est la première

fois que des peuples entiers se lèvent pour protester contre la violence guerrière quelle qu'elle soit. Mais c'est dur pour ceux qui veulent la paix, d'avoir une telle épée de Damoclès suspendue au-dessus de leurs têtes.

Bruxelles – double casquette

La proposition faite par les grosses pointures de l'UE: Chirac et Schröder, qui préconisent de mettre à la tête de l'U.E. deux présidents, l'un à l'Exécutif européen et l'autre au Conseil européen, serait-elle une forme détournée pour ces deux hommes de se partager le pouvoir? Quelle belle pagaille en vue! La confusion qui règne déjà au sein de cette Union, les divergences de vue qui augmentent surtout avec son élargissement aux pays de l'Est, donc les plus pauvres et par conséquent les plus faibles, augmenteront proportionnellement selon les exigences de chacun et provoqueront un sentiment de jalousie diffus ou violent.

Maintenant, le système qui donne la présidence à tour de rôle aux grands comme aux plus petits pays, sauvegarde un certain équilibre, même si parfois il est précaire. Mais cette proposition sent le complot.

Quel culot!

De quel droit l'U.E. demande-t-elle à la Suisse de contribuer aux énormes frais qui augmenteront

Armée XXI, une armée pour les autres?

par Anne E. Fournier,
Présidente de «Femme, Sécurité et
Défense», Renens

Pour comprendre les objectifs que l'on veut atteindre au travers de la réforme d'Armée XXI, il faut mettre en perspective cette révolution conceptuelle de l'Armée avec le contexte géopolitique international. D'abord, nous apprenons lors du sommet de l'OTAN à Prague en novembre dernier que la Suisse fait partie du Conseil de Partenariat Euro-Atlantique! (OTAN). Le peuple suisse ne s'est jamais prononcé formellement sur cette adhésion.

De plus, l'OTAN s'est doté d'une nouvelle doctrine. Si en 1949 l'OTAN était une alliance défensive des Etats libres de l'Europe de l'ouest, du Canada et des Etats-Unis, il n'en est plus de même aujourd'hui. Cette nouvelle doctrine, décidée en avril 1999, en fait un instrument offensif. *De défensive, l'Alliance est devenue offensive!* A ce sujet, rappelez-vous les bombardements lancés par l'OTAN sur la Yougoslavie, sans se référer au Conseil de Sécurité des Nations-Unies, et, au mépris du droit international.

La nouvelle OTAN se réserve le droit de lancer des guerres «pré-

ventives». Il faut faire ici la distinction entre guerre «préemptive» et guerre «préventive». La validité au niveau juridique d'une guerre «préemptive» dépend de preuves démontrant l'imminence du danger et, de ce fait, la nécessité d'agir. La guerre «préventive» par contre s'appuie sur la crainte, sur une peur plus ou moins objective, plus ou moins lointaine d'une agression. Cette interprétation laxiste du droit international va permettre à un Etat de faire la guerre chaque fois que cela sert ses intérêts. Le concept révolutionnaire d'Armée XXI en fait un instrument complètement otano-compatible.

De ce fait, au vu de la nouvelle doctrine ainsi que de l'art. 5 de la nouvelle OTAN, nous serons appelés tôt ou tard à participer aux guerres interventionnistes menées par les Etats-Unis pour asseoir leur hégémonie mondiale.

Quelle est donc cette nouvelle démocratie, où le débat de fond n'est pas ouvert où le peuple n'est pas consulté et, où les citoyens ne font que payer?

Le Pileri...

Suite de page 13

dès l'entrée des 15 pays de l'Est dans son giron, parce que, dit-elle, nous aurons un vaste marché ouvert sur 25 pays au lieu des 15 actuels. Outre que nous ne faisons pas partie de ce chantier, ces marchés nous sont déjà ouverts et vu la récession qui s'installe, les Bourses qui dégringolent, et la dette abyssale des Etats Unis qui vont l'augmenter avec leur envie guerrière, il n'y a, pour la Suisse, aucune raison ni obligation de s'endetter pour la gloire! Si gloire il y a. L'UE agit comme d'Amato ou Eizenstat qui lancent des demandes faramineuses de paiements usuriers. Qu'attendent nos autorités pour réagir?

La quadrature du cercle

On dirait que depuis l'essai des Roms de Roumanie d'entrer et de s'incruster chez nous a foiré, les médias se gargarisent de leur situation misérable dans leur propre pays. On va même plus loin en incluant dans ces récriminations les tziganes bulgares, hongrois, tchèques et slovènes. Ils vivent dans des ghettos entretenus chichement par ces Etats et ils seraient plus de 3 millions. De plus la majorité est analphabète et n'a pas accès au marché du travail. Dès l'entrée de ces pays dans l'Union européenne, ils bénéficieront de la suppression des frontières, et alors, bonjour les dégâts! On peut s'attendre à la multiplication des bidons-villes et des SDF couchés sur les trottoirs de toutes les villes européennes. Les écoles ne pourront plus faire face à des milliers d'élèves «retardés». Quant à la Suisse avec ses frontières qui font le tour du pays, comment fera-t-elle pour se protéger? Voilà l'onagre qui nous fera basculer dans l'UE. Belle perspective en vérité!

Transparence des médias

Le rassemblement de Porto Allegre a accouché d'une excellente ré-

solution. Un «Media Watch Global» soit un Observatoire International des médias. Pour les initiateurs, les médias sont de moins en moins un lieu de débat public et de plus en plus une marchandise concentrée au niveau mondial par des géants de la communication. Cette tendance exclut la diversité, les minorités et les thèmes jugés peu vendables ou dans trop de cas politiquement incorrects. Elle fait pression sur la liberté des journalistes et la liberté d'expression.

Notre parti salue cette prise de position enfin internationalisée, car depuis sa fondation, il a créé un journal qui suit ces critères et qui, sans interruption a dénoncé les mensonges, a mis sur la place publique les silences et des non-dits et a soutenu des thèses muselées par une liberté d'expression qui n'existe quasiment plus dans la grande presse. Espérons que le MWG aura du succès.

Les Suisses bientôt minoritaires

Plus de 39'100 personnes travaillent dans les universités suisses. Elles se partagent quelques 27'200 postes à plein temps. Les hommes représentent 62% des effectifs, et les étrangers en constituent le 31%. Les statistiques ne parlent pas des femmes. Est-ce un bon ou un mauvais signe?

La salade des médias

Un bus transportant quarante *émigrés* se rendant au WEF à Davos, indique le Courrier de Genève, et des défenseurs des droits humains a été stoppé à Fideris. Le contrôle a eu de graves conséquences pour les *sans papiers*. Selon le WEF, les *émigrés* auraient été les bienvenus. La police a demandé *aux migrants* afghans, iraqiens et somaliens de rebrousser chemin.

J'aimerais bien qu'on m'explique qui est quoi et quels sont les profils exacts des émigrés, des sans papiers, des migrants, des réfugiés et des demandeurs d'asile?

Bravo Sarkozy

Pour une fois nous pouvons féliciter un ministre français qui édicte une loi sur la sécurité intérieure de la France. Sans entrer dans les détails, je voudrais souligner l'article faisant référence aux emblèmes nationaux. En effet l'outrage au drapeau ou à l'hymne national sera passible de poursuites judiciaires. A quand un tel article de loi qui pourrait mettre au trou des Jean Ziegler ou des Eizenstat vilipendant notre emblème national?

L'armement se fait les dents

Afin de pouvoir participer rapidement aux guerres américaines dans le monde, les Etats de l'Union européenne devraient acheter en leasing pour un milliard d'euros par an, une quantité invraisemblable d'armements, liste dont je vous fait grâce d'énumérer. Les futurs Etats européens entrés récemment dans l'OTAN devront faire des efforts d'armement considérables, car selon les USA, les Etats européens doivent, eux aussi, financer la guerre, c'est à dire transformer des impôts en armes au détriment d'améliorations publiques. Ainsi les armées de milice ont été en grande partie remplacées par des armées professionnelles et dotées d'armes américaines onéreuses. Une fois de plus, le 11 septembre a été bénéfique pour les marchands de canons qui vendent à tour de bras des armements légers et lourds sous le label de l'anti-terrorisme. Il n'y a donc pas seulement l'intérêt des pétroliers pour le sous-sol riche en huile lourde! Les requins américains gagnent gros sur le monceau de ruines et de cadavres des Tours de Manhattan.

Bizarre mic mac

Le Conseil Fédéral a l'intention d'utiliser l'armée pour la garde des frontières et des ambassades. Natu-

Suite en page 15

DS 
Démocrates Suisses

Si le contenu du «Démocrate Suisse / Schweizer Demokrat» vous plaît,

ABONNEZ-VOUS

Je désire m'abonner au «Démocrate Suisse» (Abonnement annuel fr. 25.-)

Nom: _____

Prénom: _____

Profession: _____

Date de naissance: _____

Adresse: _____

Signature: _____

Téléphone: _____

Envoyer à:
Démocrates Suisses,
Case postale 8116, 3001 Berne

Organe officiel des
Démocrates Suisses **DS**

Secrétariat central:

Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
Internet:
www.schweizer-demokraten.ch

Rédaction:

Démocrate Suisse
Case postale 8116
3001 Berne
Tél. 031 - 974 20 10
Fax 031 - 974 20 11
E-Mail:
sd-ds@bluewin.ch

Suite de page 14

rellement nos gauchistes protestent avec véhémence contre une telle hérésie d'empiéter sur les forces civiles de police qui, elles, ne vont pas aux frontières. Alors il faut garder une stricte séparation entre le monopole de la police et celui de l'armée.

Voilà une discussion bien bénigne en comparaison des faits récents. A Berne, la police et l'armée laissent fuir les casseurs anti-Davos, pour le G8 à Evian, les chefs de police des cantons de Vaud et Genève n'interdisent aucun rassemblement rose-vert-rouge. Pourquoi Mme Spoerri et M. Ruey ne veulent-ils pas ou ne peuvent-ils pas interdire ces rassemblements, alors que lorsqu'il s'agit de têtes rasées ou de réunions des éléments d'extrême droite ou simplement de droite, sont interdits vite fait bien fait? D'autre part on sait que s'il y a le moindre dégât occasionné par des réunions de droite, les participants doivent rembourser les frais. Pourquoi

doit-on avec les impôts de tous les contribuables, payer les dégâts des casseurs gauchistes? Poser la question, c'est y répondre.

Vote par Internet

A Asnières, Genève, les autorités se félicitent du succès incontestable de son dernier vote par internet. Mais y a-t-il vraiment de quoi se féliciter ou bien y a-t-il le péril en la demeure? Selon quelques experts en informatique qui ont été mandatés pour vérifier le système, voici les mises en garde qui ont été faites: Une personne peut s'emparer du matériel de vote d'une autre et voter à sa place, grâce aux codes qui y figurent si elle connaît sa date de naissance et sa commune d'origine, précisions nécessaires pour valider le vote. Une personne peut aussi vendre ses données. Il sera impossible de savoir qui a réellement glissé le bulletin électronique dans l'urne virtuelle. En ne connaissant que le numéro à seize chiffres lisible sans autre sur la carte

d'électeur d'une tierce personne, un individu peut empêcher cette dernière de voter. Il lui suffira de pianoter au petit bonheur sur son clavier au moment de taper le code secret exigé par le système. Après cinq essais, il ne sera plus possible pour l'électeur légitime de faire usage de sa voix.

Donc, la population doit se dresser contre un tel mode de faire qui met

en danger la démocratie suisse dont la base est la confiance en l'électorat. A voir et lire les discussions virulentes où les pros et contres s'écharpent féroce, quelle aubaine pour l'un ou l'autre de fausser si facilement les voix en pianotant sur un clavier d'internet? **Quant aux autres citoyens qui n'ont pas d'ordinateurs qu'en fait-on?**

Octopus

Petite information

Saviez-vous que la valeur de l'or par rapport à l'argent a été calculée sur une mesure cosmique? Comme la Lune court 13.3 fois plus vite que le soleil à travers le zodiac, on a calculé que l'or était 13.3 fois plus précieuse que l'argent. Les hommes ont donc toujours lié la valeur des devises à un ordre divin. C'est pourquoi il est vital de garder envers et contre tout, une couverture or fiable de notre franc. L'Euro et le dollar, monnaies dont on chante les vertus, ne sont que du vulgaire pa-

pier sans aucune valeur et surtout pas liée au divin. Les Etats Unis l'ont enfin compris, car en même temps que leur planche à billets produit des tonnes de papier, ils achètent de l'or. C'est pourquoi ce métal précieux atteint des sommets vertigineux. Ce n'est pas une raison pour que notre BNS le vende. Autrement notre place financière encore assez forte parce que le franc est couvert à 60%, descendra au niveau des autres nations devenues des esclaves en papier mâché aux ordres et fluctuations du SMI.

Charlotte Morel

L'Or en question

Ce mot magique et maléfique à la fois, fait partie de notre environnement depuis l'antiquité et des millions d'hommes sont morts en maudissant son nom. Il y a eu les guerres puniques, ottomanes ou plus récemment celles qui ont ravagé nos territoires occidentaux, dont l'or est revendiqué encore aujourd'hui. Il y a eu les guerres de colonisation qui ont été à la base de génocides terribles. Des chercheurs d'or, à la ruée vers l'or, en passant par la Côte d'Or, le Triangle d'Or, la guerre pour accaparer l'or noir et les mines de tout genre y compris l'or, la violence est reine. Et nous verrons bientôt les luttes pour accaparer l'or bleu, alors que pour l'or blanc on détruit nos montagnes avec des canons à neige. Terminons par deux proverbes: «Le silence est d'or» et «Tout ce qui brille n'est pas or». Aujourd'hui, les bruits de bottes réveillent les appétits des requins de la finance et des marchands de canons, et viennent nous rappeler que ces guerres quelles qu'elles soient ont toujours été fomentées par l'appât du gain. Celle qui se prépare l'est pour voler l'or noir de l'Iraq.

Afin de ne pas affoler les populations, les gouvernements enrobent leurs actions sous les prétextes les plus divers: convertir les populations, améliorer les récoltes, développer le commerce, éradiquer le terrorisme et aujourd'hui, le président des Etats Unis prétend être le bien et sans déroger à cette règle, va attaquer l'Iraq pour combattre le mal.

La bataille contre l'or

L'or se venge de plusieurs façons la plus terrible étant les sacrifices hu-

mans qu'il demande. Sans revenir aux massacres des diverses guerres, sans reparler des attaques subies par les banquiers suisses, il s'est mis en place d'autres moyens plus subtils de voler l'or entassé dans les coffres, et surtout à la BNS. (Banque nationale Suisse)

Quels sont ces moyens? Les banquiers anglo-saxons, la plupart d'origine juive, inventèrent le «fiat money» garanti par l'Etat qui concrétisa la séparation du dollar de la couverture or. OR, ce mot magique et maléfique à la fois, fait partie de notre environnement depuis l'antiquité et des millions d'hommes sont morts en maudissant son nom. A la réunion de Bretton Wood aux USA, en 1971, les pays industrialisés signèrent une convention qui enterminait le vol et le déshonneur en instituant le principe intangible de la garantie du papier monnaie, par les Etats, abstraction faite de la couverture or. D'ailleurs un premier pas avait déjà été fait par Roosevelt qui ordonna l'abandon de cette couverture or du dollar, ce qui mit les USA en mauvaise posture et leur donna l'idée des agréments de Bretton Wood pour mettre tout le monde dans le bain.

La Suisse devait, comme les autres Etats signataires de la convention de Bretton Wood ne plus avoir de référence à la parité or du franc. Donc, elle pouvait se débarrasser de ses stocks. La votation sur la Fondation Être solidaire, était sans nul doute une façon détournée de vendre l'or de la BNS sans trop déranger le bon peuple. Heureusement le bon peuple a réagi sagement en rejetant une telle proposition, sans connaître les tenants et les aboutissants véritables.

La jalousie est mauvaise conseillère

La réelle valeur de l'or fluctue au gré des événements politico-économiques et encore davantage depuis l'invention satanique des Bourses, qui remplaçant pour les nantis accrocs au jeu de hasard, les tables de casinos, le Black Jack, la roulette, et le chemin de fer ils laissent aux autres accrocs les bandits manchots. Le monde entier est devenu leur casino et ils jouent de surcroît, les fonds de réserve des gagne-petits. L'or a passé de 4595 fr. le kg à 15.000 francs.

Dans la presse de ce jour, le 25 janvier 2003, l'onze atteint 359.25 francs. Avant une première vente d'or de la BNS l'année passée, il y avait dans les coffres 2590 tonnes d'or. Une sacrée bonne garantie malgré les erreurs commises. Donc ne disposons pas de cet or, même si l'on ne peut le destiner à la couverture de notre franc que nous avons laissé tomber à 40%. Un jour il y aura le retour de manivelle et nous nous apercevrons que les Etats Unis ne tiennent pas leur promesse, puisqu'ils rachètent maintenant l'or à tour de bras.

Lorsqu'on n'a que du papier monnaie pour faire des achats, plus des transferts virtuels sur internet, nous entrons dans une histoire de science fiction et d'utopiques cartes en plastique. Je me souviens que pendant la Seconde guerre mondiale, seuls les bijoux d'or, les alliances en tête, permettaient d'acheter un morceau de pain. Les pays ne comptant que sur la planche à billets, comme les USA par exemple, entrent dans une spirale de pertes colossales. Voyez plutôt:

- La consommation cale, la vente des maisons aussi.
- Le chômage annoncé neutre cache non seulement 100'000 emplois de moins, mais ceux qui ne cherchent plus d'emploi ne figurant pas dans la statistique sont passés de 648'000 en janvier 2001 à 1.7 million en novembre 2002.
- La dette des sociétés a dépassé leur valeur nette et représente 4.9 trillions (mille milliards). 647 sociétés ont rétrogradé dans la notation Moody.
- Depuis 10 ans le Japon enregistre une perte dans l'indice de 78%, l'Allemagne en un an de 48% et 64% en 3 ans.
- Le dollar continue à baisser
- En 2002 plus de 186 sociétés importantes ont fait faillite, soit 368 milliards de dettes et certains analystes en prévoient autant cette année.
- Les trous dans les fonds de pension s'élargissent au fur et à mesure que les bourses baissent. On a calculé qu'ils y a 300 milliards de dollars de perte.
- Les non-remboursements d'hypothèques augmentent.
- La valeur des dérivés émis est hallucinante. Une banque en a émis pour 26 trillions de \$, soit 3.5 fois le PIB du pays. 5 autres totalisent 53 trillions.
- Ce n'est que du papier, un jeu d'écriture. Mais si jamais les contreparties foirent, ne serait-ce que de 5%, c'est une faillite abyssale garantie. Et notre AVS qui avait placé nos sous dans ces mêmes dérivés, a perdu 8 milliards de nos francs, et ça, pour nous, ce n'est pas du papier. Aurait-on pu jouer de la sorte avec de l'or? C'est pourquoi nous devons garder nos stocks en tout état de cause.

Mary Meissner

Der Ausländeranteil beträgt Ende August 2002 19,8%

Aktuelle Ausländerstatistik per Ende August 2002: Die ständige ausländische Wohnbevölkerung¹ in der Schweiz ist seit letzten August um 29'652 auf 1'436'855 Personen angestiegen.

Entsprechend der Zählung im Zentralen Ausländerregister (ZAR) des Bundesamtes für Ausländerfragen (BFA) erhöhte sich der Ausländeranteil an der ständigen Wohnbevölkerung seit August 2001 auf 19,8% (Vorjahr 19,6%). Die ständige ausländische Wohnbevölkerung belief sich Ende August 2002 auf 1'436'855 Personen (Vorjahr 1'407'203). Davon besaßen 1'081'710 (75%) eine Niederlassungs-, 346'673 (24%) eine Aufenthalts- und 8'472 (1%) eine Kurzaufenthalterbewilligung (>= 12 Monate).

Die Zahl der in der Schweiz ständig wohnhaften Angehörigen von EU- und EFTA-Staaten hat während dem letzten Jahr leicht zugenommen auf 809'199 (56,3%). Am meisten Ausländerinnen und Ausländer stammen aus Italien (309'691), gefolgt von Personen

aus der Bundesrepublik Jugoslawien (197'760)².

¹ Aufenthaltler und Niedergelassene, Kurzaufenthalter >= 12 Monate; ohne Asylbewerber, internationale Funktionäre mit ihren Familienangehörigen, Kurzaufenthalter, deren Erwerbsaufenthalt für weniger als ein Jahr bewilligt wurde, sowie Saisoniers.

² Zählt man die Staatsangehörigen aller Länder des ehemaligen Jugoslawien (Slovenien, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien und BR Jugoslawien) zusammen, so ergibt sich eine Gesamtzahl von 349'903 Personen, was einem Anteil von 24,4% entspricht.

Tot geborene Abkommen

Die beiden Abkommen, welche die Schweiz mit Senegal und Nigeria hat schliessen können und die heute von unserer Regierung und den Medien so hochgejubelt werden, sind nicht einmal das Papier wert, auf welchem sie geschrieben worden sind. Das sogenannte Transitabkommen mit Senegal gilt ja nur, falls die Identität der dorthin geflogenen Westafrikaner innert 72 Stunden festgestellt werden kann. Das ist völlig illusorisch. Wenn in der Schweiz die Identität während Monaten oder gar Jahren nicht festgestellt werden konnte, ist es doch ausgeschlossen, dass dies dann in Senegal – Hokus-Pokus – innert dreier Tage erfolgen kann. Die Westafrikaner werden also wieder in die Schweiz zurück geflogen werden müssen. Also, ausser Spesen und zwei schönen Flugreisen für die Asylbewerber und ihre schweizerischen Begleiter nichts gewesen. Und dass Nigeria in Zukunft angeblich bereit sein wird, seine hier abgewiesenen Asylbewerber wieder aufzunehmen, ist ja schön und gut. Aber ich bin sicher, dass vom Augenblick an, wo das wirklich passiert, kein einziger westafrikanischer Asylbewerber so dumm sein wird, zu sagen, er käme aus Nigeria. Das werden den angeblichen Flüchtlingen sicher unsere sogenannten «Hilfswerke» (die mit ihrer konstanten Unterstützung legaler und illegaler Asylbewerber gewollt oder ungewollt als Helfer der Schlepperorganisationen wirken) schon rasch beibringen. Das Ganze dient nur dazu, um dem Schweizer Volk wieder einmal Sand in die Augen zu streuen mit der Behauptung, «man habe alles im Griff»!

Dr. Dragan Najman,
SD-Grossrat, Baden

Was genau ist Rassismus?

Nie werde ich mich an die Mode mancher Jugendlicher gewöhnen: Schuhe auf den Sitzpolstern der Bahnen. Als ich kürzlich einem jungen Afrikaner wortlos den Wink gab, die Schuhe runterzunehmen, nannte er mich aggressiv «rassiste».

Ein Rassist ist, wer andere wegen ihrer Hautfarbe, Rasse oder Nationalität anders behandelt als Landsleute. Wenn ich einem andersrassigen Menschen etwas zugestehe, wofür ich meinem Landsmann gerne eins hinter die Ohren gäbe, bin ich schwach, feige oder verlogen. Sehe ich einem Andersrassigen mitleidig Unbot-

mässigkeit nach, verzeihe ich ihm Übertritte – wie einem Kind, das noch nicht versteht –, so mache ich ihn klein, verunmündige ihn. Wo ich wegsehe beim Unrecht, mache ich mich schuldig. Der andere verstärkt sein Fehlverhalten noch, er kommt ja durch damit. Die Folge ist, dass er noch mehr aneckt, noch unangenehmer auffällt, noch mehr Aggressivität erweckt. Mit Wegsehen erweise ich dem anderen wohl einen Bären-dienst. Wäre ihm dies bewusst, würde er eher ein «merci» als ein «rassiste» rauslassen.

Romi Gygax, Niederwangen

Der Fall Bellasi

Der Angeklagte hüllt sich in Schweigen. Der frühere Bundesbeamte steht als «mutmasslicher Millionenbetrüger» vor Gericht. Nur durch Zufall sind die Verfehlungen aufgedeckt worden. Dies wirft – meines Erachtens – auch Schatten auf das VBS, das frühere Militärdepartement. Denn wie der Angeklagte über längere Zeit total neun Millionen bei der Nationalbank abheben und für seinen aufwändigen Lebensstil verbrauchen konnte, ist – vor allem mir – unerklärlich. Mich berührt dies, weil ich selbst während 33 Jahren in Feldgrau – und einem Tagessold von rund 10 Franken – Rechnungsführer war. 31 Jahre lang habe ich regelmässig mit den gleichen «Vorschussmandaten» bei Nationalbankstellen Bargeld abgehoben. Diese Formulare, von mir selbst und meinem jeweiligen Kommandanten gegenzeichnet, setzten zur weiteren Sicherheit den «Ausweis für Rechnungsführer» mit Foto in Uniform voraus. Nur im Militärdienst stehend, uniformiert, kam man ans Geld heran. Der Spezialausweis

war jeweils bei Dienstende dem Oberkriegskommissariat zurückzugeben. Bellasi durfte diesen behalten, sogar nach seinem Austritt aus dem Bundesdienst. Dies wirft ein eigenartiges Licht auf die Verhältnisse im heutigen «Sport-Departement». Wir Quartiermeister hatten noch «höllischen» Respekt vor dem OKK. Dieses belastete – manchmal ein Jahr nach Dienstende – minimale Abweichungen von reglementarischen Ansätzen den Rechnungsführern als «Revisionsbemerkungen». Uns Armeeveteranen ist es unbegreiflich, wie Bellasi «ausschweifendes Luxusleben» nie Verdacht erregte und wie er mit dem «Ausweis für Rechnungsführer» so lange unbemerkt zusammen neun Millionen beziehen konnte, auch «ausser Dienst». Als Bauernopfer liess man Divisionär Peter Regli über die Klinge springen. Wo aber blieb bei Bellasi die Kontrolle? Aber auch die Bundesverwaltung trifft Schuld. Wir aber haben härtere Zeiten erlebt und wurden härter angefasst.

Robert Berner, Rheinfelden

Stärken Sie die Schweizer Demokraten durch Ihre Mitgliedschaft!

Abonnement

SCHWEIZER DEMOKRAT

PC 80-2270-0, Zentralkasse Zürich

pro Mitgliederjahr Fr. 45.–
(für Mitglieder obligatorisch)

- Ich möchte Mitglied der Schweizer Demokraten (SD) werden!
- Nur Zeitungsabonnement
- Nur Adressänderung

Name: _____

Vorname: _____

Beruf: _____ Jahrgang: _____

Strasse/Nr.: _____

PLZ/Wohnort: _____

E-Mail: _____

Datum: _____

Unterschrift: _____

Schweizer Demokraten (SD),
Postfach 8116, 3001 Bern
E-Post: sd-ds@bluewin.ch

Das Ausländerstimm- und wahlrecht ist abzulehnen. Nur tatsächlich Integrierte, die zu mindest unsere Sprache einigermaßen beherrschen, dürfen eingebürgert werden. **Als einzige schweizerische Partei verlangen wir die Begrenzung der Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten. Wir tun etwas! Unterschreiben auch Sie unsere neue Volksinitiative!** Bestellen Sie bei den SD Unterschriftenbogen. Gegensteuer geben mit

Liste 9

Sie helfen uns am meisten, wenn Sie die SD-Liste 9 unverändert wählen!

Regierungsrat: Bruno Steiger

SD-Initiative unterschreiben:
aussereuropäische Einwanderung stoppen!

SD, Postfach 224, 4402 Frenkendorf

www.schweizer-demokraten.ch

SD 
Schweizer Demokraten